

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs- Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Kündigung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbringung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Dienstag, 28. August 1923.

Nr. 200.

Eine Woche Bergarbeiterstreit.

Eine Woche dauert nun schon der Streik der Bergarbeiter. Mit einer musterhaften, für die anderen Arbeitsberufe beispielgebenden Disziplin sind die Bergarbeiter in den Streik getreten, heute, wie am ersten Tage entschlossen, den Kampf um ihre Existenz mit Erfolg zu beendigen. Die nüchtern denkenden Vertrauensmänner, die in vielen harten Kämpfen geschulten und gestählten Bergarbeiter sind von unbeugsamem Kampfeswillen besetzt und tragen mit Entschlossenheit und eherner Charakterstärke die Opfer, die ein solcher Kampf für sie und ihre Familien mit sich bringt. Die Massen der Bevölkerung stehen mit ihren Sympathien auf Seite der Bergarbeiter und haben erkannt, daß die Grubenproletarier wieder einmal der Preisrichter der Arbeiterklasse sind, daß die Abwehr der Herabdrückung der Lebenshaltung der Bergarbeiter auch ein Kampf aller Arbeiter gegen Verelendung und maßlose Ausbeutung ist. Eine Reihe von Kundgebungen sowohl der Gewerkschaften als auch der sozialistischen Parteien haben die Bergarbeiter ihrer wertvollen Unterstützung in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe versichert.

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei, welche die deutschen Arbeiter dieses Staates in einem Aufruf über Zweck und Wesen des Kampfes informiert hat, hat die „sofortige ausgiebige Herabsetzung der Kohlenabgabe und der Frachttarife“ verlangt und die Regierung aufgefordert, sofort die Verbilligungsaktion der Kohle zu beginnen. Die Regierung hat nach einer Woche ganz unnötigen und die gesamte Wirtschaft dieses Staates schädigenden Schweigens ihre Sprache gefunden und ihren Standpunkt zum Streik der Bergarbeiter in einem Brief des Ministers für öffentliche Arbeiten an die Bergarbeiterkoalition bekanntgegeben. Dieser Standpunkt weicht — wenn dies auch die Regierung zu verbergen sucht — von der seinerzeitigen Erklärung des Ministerpräsidenten beträchtlich ab. Der Ministerpräsident hat damals erzählt, daß für den Fall des Streiks die Herabsetzung der Kohlensteuer nicht gelte, während in dem angeführten Briefe gesagt wird, daß die Herabsetzung der Kohlensteuer ohne jede weitere Bedingung durchführbar ist. Das Junktim, wodurch die Regierung die Herabsetzung der Kohlensteuer an einen von ihr bestimmten oder gedachten Lohnabbau gebunden hat, wurde fallen gelassen. Es wurde also der Forderung der Bergarbeiter — wenn die Regierung ihren Worten auch die Taten folgen lassen wird — in diesem Falle einigermaßen entsprochen. Dasselbe gilt von dem Versprechen, daß auch in den Braunkohlenrevieren ein Abbau der Kohlensteuer erfolgen wird. Es kommt nun darauf an, was die Regierung in den nächsten Tagen tun wird.

Der Ausbruch des Streiks der Bergarbeiter hat seine Hauptursache in den Fehlern und Unterlassungen der Regierung. Und wenn die Regierung noch so oft in der bürgerlichen Presse erklärt, daß sie ihre Pflicht getan habe, so wird sie in der gesamten Öffentlichkeit mit diesen Beteuerungen, soweit die „Öffentlichkeit“ nicht an den Profiten der Kohlenbarone interessiert ist, keinen Glauben finden. Es kann keine Rede davon sein, daß die Regierung vor Beginn des Streiks und in der ersten Streikwoche die Rolle des „ehelichen Mäkkers“ gespielt hat, sondern sie war in dem Streikfall Partei und zwar auf Seiten der Unternehmer. Sie hat den Lohnabbau zur Bedingung der Herabsetzung der Kohlenabgabe gemacht und dadurch die Lebenshaltung der Bergarbeiter unter das gegenwärtig ohnehin tiefe Niveau noch herabsetzen wollen. Sie hat das Elend und die Not des Grubenproletariats, das zu einem beträchtlichen Teil nur auf die Hälfte seines sonstigen Einkommens angewiesen ist, weil nur die Hälfte der Schichten verfahren werden, noch vergrößern wollen. Sie hat nur das eine zu tun: die Kohlenabgabe entsprechend ihren Verspre-

Der Kampf der Bergarbeiter.

Der siebente Streiktag.

Die Streiklage ist im allgemeinen unverändert, die Belegschaft der Sternberggrube in Pilsen, die bisher arbeitete, hat sich ab 27. August 1923 dem Streike angeschlossen. Die Berichte über die am Sonntag stattgefundenen Konferenzen in den Revieren sind durchaus günstig und bestätigen neuerdings den entschiedenen und entschlossenen Kampfeswillen aller Bergarbeiter.

Die Zentralstreikleitung sieht sich genötigt, bekanntzugeben, daß die sich täglich mehrenden Ansuchen um Zulassungen von Kohle, von einigen wenigen dringenden Ausnahmen abgesehen, nicht günstig erledigt werden können. Zahlreiche Industrieunternehmungen haben infolge der Kohlennot ihre Betriebe sperren müssen, die Zahl wird im Laufe der zweiten Streikwoche um ein Erhebliches zunehmen. Die Verart von dem Streike in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiter anderer Berufe mögen bei den Unternehmungen darauf verweisen, daß die Bergwerksbesitzer den Streik der Bergarbeiter im Einvernehmen mit dem Zentralverbande der Industriellen führen. Die durch den Bergarbeiterstreik zum Aussehen gezwungenen Arbeiter werden daher ersucht, sich vorerst an ihre eigenen Unternehmungen, die durch ihre Unternehmerorganisation an dem Bergarbeiterstreik mit Schuld tragen, und an die Regierung zu wenden.

Die wiederkehrenden Behauptungen gewisser Zeitungen, daß die Kohlenvorräte im allgemeinen so groß sind, stehen mit den täglich zunehmenden Ansuchen von allgemeinen, humanitären und volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben um Zulassung von Kohle und den täglich sich mehrenden Betriebs einstellen wegen Kohlenmangel in argem Widerspruch.

Der deutsche Gewerkschaftsbund und der Streik der Bergarbeiter.

Prag, 27. August. Heute fand in Prag eine Sitzung der Zentralgewerkschaftskommission des deutschen Gewerkschaftsbundes statt, die sich mit dem Gesamtstreik der Bergarbeiter in der Tschechoslowakei befahte. Zunächst wurde über die Maßnahmen berichtet, die seit Beginn des Streikes von der Zentralgewerkschaftskommission ergriffen wurden. Diese wurden einmütig gebilligt und in einer eingehenden Aussprache wurden die weiteren Schritte erörtert, die zwecks wirksamer Unterstützung des berechtigten Kampfes der Bergarbeiter gegen die Angriffe auf ihre Lebenshaltung notwendig sind. Es handelt sich unter anderem darum jene Vorkehrungen zu treffen, die erforderlich sind, die infolge der Kohlennot beschäftigungslos gewordenen Arbeiter zu schützen. Die geeigneten Maßnahmen ergeben sofort an die dem deutschen Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Verbände und Kreisgewerkschaftskommissionen.

Ein tschechischer Sozialdemokrat gegen die Regierung.

Seit Beginn des Kampfes der Bergarbeiter vertreten wir die Auffassung, daß die Regierung die Situation unter anderem auch unnötigerweise dadurch verschärft hat, daß sie das Strauer Revier ungebührlich bevorzugte. Diese Meinung wird nun durch das „Pravo Lidu“ bestätigt, in dem ein tschechischer Sozialdemokrat folgende Äußerungen in allen Revieren sofort herabzusetzen und die Unternehmer dazu zu zwingen, auf einen Teil ihrer Profite zu verzichten. Tut sie das nicht, dann ist endgültig klar, daß sie auf Seiten der Grubenunternehmer steht.

Die Regierung möge auch nicht glauben, daß sie sich zu ihren geplanten Maßnahmen Zeit lassen kann. Die Kampfmittel der Bergarbeiter sind noch nicht ausgeschöpft. Der Beschluß des Strauer Revierrates, wonach von dieser Woche angefangen jedes Aufladen von Kohle, der für die Ausfuhr bestimmt ist, als Streikbruch angesehen wird, zeigt der Regierung, daß die Verschärfung des Kampfes möglich ist und daß die Bergarbeiter entschlossen sind, diejenigen Mittel in Anwendung zu bringen, die ihnen für eine erfolgreiche Beendigung des Kampfes zweckmäßig erscheinen. Die Bergarbeiter sind unbeugsam in ihrem

welchem der Kohlenfachmann Bohrbzej schreibt:

„Die Strauer erreichten zuerst größere Nachlässe: der Kohlenabgabe auf Rofs, kleinere Umschlagsteuer, eine größere Herabsetzung der Tarife für Kleinohle für das Inland und eine 20prozentige Transportermäßigung für exportierten Rofs. Braunkohle wurde ins Ausland nur mit zehnprozentiger Ermäßigung befördert, erwarb jedoch für den inländischen Absatz von Staubohle eine 25prozentige Tarifiermäßigung; diese jedoch, obgleich der Absatz brauner Kleinohle viel schwieriger war als der Absatz Strauer Kleinohle, verlor ihre Gültigkeit am 30. Juni d. J. und statt dieser wurde mit dem 1. Juli d. J. nur eine Ermäßigung von 15 Prozent zum Gesetz. Ueberhaupt hat Braunkohle bis heute noch immer eine viel größere Kohlenabgabe als Steinohle. Auch der Kladober Verbände hat für sich selbst gesorgt und als Zugabe zu seinen unmöglich hohen Preisen überdies eine 15prozentige Herabsetzung der Ausführtarife erreicht.“

In bemerkenswerter Weise wird in diesem Artikel eines Blattes, dessen Partei der Regierungskoalition angehört, auch die Regierung angegriffen. Es wird nämlich gesagt:

„Der Streikgegenstand ist doch der Regierung ganz klar; sie weiß, daß in der Woche durchschnittlich in drei bis vier Schichten gearbeitet wird und daß die Unternehmer auch beim größten Nachschub eine größere Beschäftigung nicht garantieren können. Die Regierung weiß, daß die Arbeiter wiederholt erklärt, daß sie nicht beabsichtigen, zu streiken und daß sie höchstens ihre Existenz verteidigen wollen. Die Regierung kann schließlich voraussehen, daß eine große Produktion für uns ein noch größeres Unheil werden könnte, als es die gegenwärtigen Zustände sind, wenn sie nicht durch Regelung der ausländischen Absatzbeziehungen gebremst wäre. Worauf wartet also die Regierung? Will sie die Bedrückung der Arbeiter vergrößern und ihre Leiden vermehren? Glaubt sie, daß ohne ihr Zutun die Kohlenabgabe entfällt und daß die Kohlentarife niedriger werden? Oder denkt vielleicht die Regierung, daß durch Zuzwarten die Unternehmer klug werden und die Kohle von selbst verbilligen? Das hätten sie doch schon längst tun können, zur Zeit, als nach der Einführung des sogenannten freien Handels ihnen gesehmähig die Möglichkeit gegeben war, die Kohlenabgabe gemäß der niedrigeren erzielten Kohlenpreise abzuführen. Die Regierung muß demnach eingreifen.“

Diese Stimme des „Pravo Lidu“ mag die Regierung und insbesondere den Minister für öffentliche Arbeiten darüber belehren, daß die Regierungsauffassung nicht einmal mehr unter den Anhängern der Regierungsparteien selbst gebilligt wird.

Salentrenzer und tschechische Facisten als Streibrecher.

Mit einer bewundernswerten Disziplin, die allgemein anerkannt wird, sind die Bergarbeiter in den Kampf getreten. Montag, den 20. August 1923 früh ist in der ganzen Republik kein Bergarbeiter eingefahren, aber einige Ausnahmen gibt es doch. Das sind eine Reihe von kleineren Gaspelschächten, die meistens abseits der geschlossenen Reviere liegen, die 3, 5, 8, 10, höchstens 12 Arbeiter beschäftigen, die sich dem Streike nicht angeschlossen haben. Die Produktion dieser Schächte ist gleich Null, die Löhne fast um die

Entschlüsse, daß über einen Lohnabbau nur insoweit und dann geredet werden kann, als die Verbilligungsmaßnahmen, die die Regierung in Aussicht gestellt hat, auch wirksam geworden sind. Diese Stimmung ist begreiflich, denn man hat den Bergarbeitern schon einigemal erzählt, daß nach einem Lohnabbau niedrigere Preise und eine bessere Beschäftigungsmöglichkeit eintreten wird, was sich aber niemals erfüllt hat. Mit Versprechungen lassen sich die Bergarbeiter nicht mehr abpeifen. Die Regierung muß ihren Ernst, den Konflikt zu beendigen, nicht durch Worte, sondern durch Taten zeigen und diese Taten können keine anderen sein, als die ungeäußerte, bedingungslose Herabsetzung der Kohlensteuer und die Herabdrückung der Unternehmergewinne. Die Bergarbeiter und die gesamte Arbeiterschaft erwarten nun, ob sich die Regierung zu dieser Tat aufrafft.

Hälfte niedriger als in den geschlossenen Revieren und die paar Dutzend der dort beschäftigten Arbeiter größtenteils Kleinbauern und unorganisiert. Über neben diesen Schächten befinden sich auch zwei größere Gruben, die sich am Streik nicht beteiligen. Das ist die Sternbergische Grube in Pilsen bei Pilsen mit über 300 beschäftigten Bergarbeitern und die Katharinagrube in Radowenz bei Trautenau mit 200 Beschäftigten. Auf der Sternberg-Grube in Pilsen ist der größere Teil der Belegschaft in der tschechisch-nationaldemokratischen Organisation organisiert, diese Belegschaft hatte beschlossen, sich am dem allgemeinen Streik zu beteiligen. Bergdirektor Stieber der Grube hat dies erfahren, hat sogleich die nationaldemokratische Parteileitung in Pilsen verständigt, diese hat sofort einen ihrer Sekretäre nach Pilsen entsendet, der mit den Belegschaftsmitgliedern seiner Organisation eine Versammlung abhielt, in der einstimmig die Nichtbeteiligung an dem Streike beschlossen wurde. Tatsächlich sind alle nationaldemokratischen Mitglieder der Belegschaft am Montag früh zur Arbeit erschienen, ein Teil der Indifferenten hat sich angeschlossen, den Rest hat der Direktor Stieber durch seinen Terror zur Arbeit gezwungen. Laut telephonischer Nachricht des Streikkomitees in Pilsen haben sich von den Pilsener Gruben 360 Arbeiter nunmehr dem Streik angeschlossen, 90 Arbeiter verblieben in der Arbeit.

Auf der Katharinagrube in Radowenz gehört die Mehrheit der Belegschaft dem deutsch-sozialistischen Bergarbeiterverbande (Richtung Knirsch) an. Die nationalsozialistische Organisation wurde auf dieser Grube ausschließlich durch nationalsozialistische Werksbeamte geschaffen. Die nationalsozialistischen Werksbeamten der Katharinagrube in Radowenz beherrschen vollständig die dortige deutschsozialistische Ortsgruppe der Bergarbeiter und unter ihrem Einfluß hat die nationalsozialistische Mehrheit der Belegschaft die Nichtbeteiligung an dem Streik beschlossen, die in der Minderheit bei der Union der Bergarbeiter organisierten Bergarbeiter haben unter diesen Umständen sich vom Streike ferngehalten, da sie sonst ihre ganze Existenz aufs Spiel gesetzt hätten.

Die Vorfälle auf den genannten zwei Gruben sind bezeichnend. Pilsen ist die einzige Grube in der Republik, auf der die nationaldemokratische Partei irgendwelchen Einfluß hat, die Katharinagrube in Radowenz ist die einzige Grube der Republik, auf der die deutschnationalsozialistische Organisation einen Einfluß hat, beide Gruben arbeiten und verrichten Streikbrecherarbeit. Zum Glück ist auch die Produktion auf diesen Gruben eine solche, daß sie den Streik in gar keiner Weise beeinflussen können. Es tritt nur der Charakter dieser gelben Bergarbeiterorganisationen reißlos und auffällig in Erscheinung. Ihr Zweck ist eben, der schwer um ihre Existenz ringenden Arbeiterklasse in den Rücken zu fallen.

Aber ein Unterschied zwischen der Streikbrecherarbeit der Kramar-Anhänger und der deutschen Nationalsozialisten besteht doch noch. Die Kramarpartei hat von vornweg den Streik der Bergarbeiter als einen Streik der Kommunisten und deutschen Sozialdemokraten und als gegen den Staat gerichtet bezeichnet. Es ist dies freilich nicht richtig, aber schließlich begreiflich, denn Herr Kramar und seine Partei vertreten offen die Interessen des tschechischen Bankkapitals und dieses tschechische Bankkapital ist an den Bergwerksbetrieben sehr beteiligt, so daß für diese Partei die Organisation des Streikbruchs tatsächlich einen Zweck und Sinn hat. Aber treffen alle diese oder auch nur ein Teil der Gründe auf die deutschnationalsozialistische Bergarbeiterorganisation in Radowenz zu? Man sollte glauben, daß für einen richtiggehenden Salentrenzer jetzt die günstigste Gelegenheit wäre, seinen Kampfesmut gegen das tschechische und soweit es deutsch ist, vorwiegend jüdische Grubenkapital, recht stramm zu bezeigen.

Ein Gutes haben aber die beiden Vorfälle doch. Sie öffnen Tausenden und Tausenden von Arbeitern die Augen über die wirklichen Ziele des nationalen Sozialismus hüben und drüben. Die Anwendung auf den gegenwärtigen Bergarbeiterstreik besteht darin: hätten die Anhänger der Herren Kramar und Knirsch auf mehr Schächten die Mehrheit, würde auf mehr Schächten gearbeitet! Ein derartiger Sozialismus und eine derartige Arbeiterbewegung macht sich natürlich für den Kapitalismus überall gut bezahlt. Die deutschen Nationalsozialisten aber zeigen wieder, daß sie das sind, als was wir sie immer bezeichnet haben: Streikbrecher.

Gemeinde und Alkoholfrage.

Das Kommunalprogramm unserer Partei stellt in den Mittelpunkt der kommunalpolitischen Tätigkeit die Fürsorge für den Menschen, insbesondere für die Jugend und das Alter, für alle Hilfslosen und Fürsorgebedürftigen. Zum Kampfe gegen den Alkoholismus nimmt das Programm weiter keine Stellung. Nur beim Punkte „Gesundheitswesen“ wird die Errichtung von „Trinkerheimen“ erwähnt, die in der Gemeindepraxis bisher gar nicht in Frage kamen.

Mit der Alkoholfrage hatten unsere Genossen in den Gemeindevertretungen in zweifacher Beziehung zu tun; einmal bei der Besteuerung der Getränke, dann bei Bewilligung neuer oder Uebertragung alter Schankkonzessionen. Daß die Erhöhung der Getränkeumlagen keine Bekämpfung der Trunksucht bedeutet, steht fest. Für ganz kurze Zeit geht der Konsum alkoholischer Getränke zurück, um dann wieder die alte Höhe zu erreichen oder sie zu übersteigen. Solche Erwägungen waren auch nicht maßgebend; die Gemeinden brauchten Geld und nahmen es auch von den Getränken. Unsere Finanzreferenten in den Gemeinden hatten genau so wie der Finanzminister im Saate ein Interesse daran, daß der Konsum der alkoholischen Getränke stieg, weil dadurch die Steuern, die sie bei der ewigen Finanzmisere dringend brauchten, mehr einbrachten. Daß dies eine sehr kurzfristige Finanzpolitik ist, welche der Volksgesundheit nicht nützt, weiß jeder, der sich mit der Alkoholfrage beschäftigt. Wohl steigen auf der einen Seite die Einnahmen; es steigen aber auch die Ausgaben; die Ausgaben für Krankenhäuser, weil der Alkohol die Zahl der Krankheiten und Krankheitsstage vermehrt; die Ausgaben für die Irrenhäuser, weil die Zahl der alkoholischen Geisteskranken eine größere wird; die Ausgaben für Gefängnisse und Strafhäuser, weil ein bedeutender Prozentsatz der Verbrecher, Straftaten und Vergehen durch den Alkohol bedingt sind; es steigen die Ausgaben für die Armenlasten, weil der Alkohol vielen Familien den Ernährer teilweise oder ganz raubt. Die Gesellschaft wird belastet durch die Kosten für die Erhaltung von Epileptikern, Idioten und geistig Zurückgebliebenen, welche sich nicht ernähren können. Aber daran denken unsere Finanzpolitiker nicht; so weitläufige Politik ist ihnen fremd; sowohl im Saate wie in der Gemeinde; zumal letztere in ewigen Geldverlegenheiten sind und von der Hand zum Munde leben.

Nicht viel mehr Einsicht zeigten die Gemeindevertretungen, wenn Schankkonzessionen zu bewilligen waren. Richtlinien für unsere Genossen in dieser Frage gab es nicht. In manchen Orten stellten sich die Genossen auf den Standpunkt der absoluten Gewerbefreiheit und befürworteten alle Schankkonzessionen. Wie während der „rote“ Prinz-Hohenlohe, der frühere Bezirkshauptmann von Teplitz, der erklärte: „Je mehr Schankkonzessionen, desto besser. Bei der freien Konkurrenz der Schankwirte wird die Qualität der Gasthäuser, der verabreichten Speise und Getränke gehoben.“ In anderen Orten aber prüften wieder unsere Genossen die Bedürfnisfrage, kamen aber bald zu der Einsicht, daß bei dem heutigen reaktionären Stand unserer staatlichen Trunksuchtsbekämpfung unsere Gemeinden auch im Kampfe gegen den Alkoholismus zur absoluten Machtlosigkeit verurteilt sind, daß alle ihre Bemühungen vergeblich sind.

Obwohl die Republik schon länger als ein halbes Jahrzehnt besteht, sieht sie, abgesehen von der bescheidenen Reform der lex Politischer — die auch wie viele Gesetze nur am „Papiere“ steht — auf dem reaktionären Standpunkte des alten Oesterreich und trotz aller bösen Erfahrungen genügt unserer modernen, fortschrittlichen Republik das „Gesetz betreffend den Handel mit gebrannten geistigen Getränken, den Ausschank und Kleinvertrieb derselben“ vom 23. Juni 1881. Sieben Gesetzentwürfe, darunter vier Regierungsvorlagen betreffend die Einschränkung der Trunksucht waren seitdem dem österreichischen Parlament zur Beratung vorgelegt, blieben aber unerledigt. Aber die tschechoslowakische Regierung, die ein eigenes Gesundheitsministerium besitzt, hat es noch nicht einmal so weit gebracht, einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten und dem Parlamente vorzulegen. Sie hat nur im Verordnungswege einen ganz unbemerkten und wirkungslos gebliebenen Versuch gemacht, die Zahl der Alkoholschankstätten und Verkaufsstellen in ein bestimmtes Verhältnis zur Bevölkerungszahl zu bringen.

Eine zeitgemäße Schankgewerbeform, welche den Massenalkoholismus ernstlich bekämpfen will, muß die Gelegenheit zum Trinken allmählich vermindern, die Verführung zum Trunk allmählich beseitigen. Es genügt nicht, das Erteilen neuer Ausschankberechtigungen zu erschweren, es muß auch das allmähliche Eingehen und Erlöschen schon bestehender Konzessionen angebahnt werden.

Wie notwendig das ist, zeigen uns folgende Zahlen: Nach der statistischen Beilage zum österreichischen Trunksuchts-Gesetzentwurf von 1908 gab es in der alten Monarchie im Jahre 1906 eine Brauntweinchenke auf je 269 Einwohner; dazu kam aber noch eine Kleinhandelsstätte mit Brauntwein auf je 500 Einwohner und auf je 5000 Einwohner eine sogenannte Kleinvertriebsstelle. Zusammen ergab dies eine Vertriebsstelle von gebrannten Getränken auf je 182 Einwohner. Der Entwurf forderte eine Verhältniszahl von einer Alkoholvertriebsstätte zu 500 Einwohnern, ohne aber auch nur anzudeuten, wie und wann man diese Verminderung der Schankstätten erreichen könnte.

Für die tschechoslowakische Republik stehen uns keine genaueren Zahlen zur Verfügung. Bei uns in Böhmen spielt neben dem Brauntwein der Bierkonsum eine unheilvolle Rolle. Der „Freiheit“ vom 12. Juni 1923 entnehmen wir, daß auf 144 Teplitzer eine Schankstätte entfällt, auf 241 Einwohner von Teplitz-Schönanau kommt ein Gasthaus. Kein Wunder, schreibt die „Freiheit“ weiter, wenn diese zahlreichen Ausgehlichkeiten an der Straßencke benutzt werden, wenn in Teplitz pro Kopf und Jahr 113,5 Liter Bier, 9,9 Liter Wein und 6,8 Liter Brauntwein konsumiert werden. Und nicht besser wie in Teplitz ist es in Prag und Pilsen und anderen Städten, von Mährisch-Ostern nicht zu sprechen, oder gar von der Slowakei. Gegenüber diesen Erscheinungen scheint das Prager Gesundheitsministerium blind zu sein.

Aber das ganze System der Alkoholschankkonzessionen, welches die Republik unverändert vom alten Oesterreich übernommen hat, ist sinnlos, solange der Kleinhandel mit Alkohol in geschlossenen Gefäßen, der Flaschenbierhandel ein freies Gewerbe ist. Dadurch, daß jeder Weinstiller, jeder Atomumversteher, Kognak und Rum in geschlossenen Flaschen verkaufen, sind diese Schnapsorten bis in die letzte Arbeiterfamilie gebrungen; mit Hilfe dieses Kleinhandels, der nicht konzessioniert ist, hat sich der Alkohol die Familie erobert; da-

durch ist auch die Alkoholgefahr für die Kinder riesengroß geworden.

Wir müssen, wenn das Konzessionsystem einen Sinn haben soll, zunächst auch verlangen, daß der Alkoholkleinhandel, der Flaschenbierhandel, daß alle Alkoholvertriebsstellen ohne Unterschied demselben Konzessionszwang unterliegen.

Und dann werden wir den Weg gehen müssen, den Amerika, Schottland, Norwegen gezeigt haben; den Dänemark — ohne Gesetzesänderung via facti beschritten hat; den das Deutsche Reich zu gehen im Begriffe ist. Das bedeutet nicht, daß wir über Nacht ein Alkoholverbot bekommen, sondern daß die Bevölkerung die Entscheidung über die Alkoholfrage selbst in die Hand nehmen wird, daß jeder Bürger und jede Bürgerin einer Gemeinde mitentscheiden werden, ob die bisher bestehenden Alkoholvertriebsstätten weiter bestehen sollen, oder ob ihre Zahl zu vermindern ist oder ob sie ganz und gar zu beseitigen sind.

Nicht einigen unkontrollierten Beamten darf fernerhin die Entscheidung über die Frage überlassen werden, sondern die ganze Bevölkerung muß an dieser Entscheidung, welche für das Wohl und Wehe vieler Familien, für die Gesundheit des Volkes von Bedeutung ist, in voller Verantwortung teilnehmen. Das Recht der Gemeinde, zu bestimmen, ob in ihrem Gebiet Alkohol ausgeschänkt werden darf, ist auf dem Vormarsche. Alle Alkoholgegner ohne Unterschied der Partei sehen in demselben die beste und erfolgreichste Methode, um den Alkoholismus allmählich einzubämmen. In Amerika hat das „Local Veto“, nachdem jahrzehntelang in Uebung, zur vollständigen Trockenlegung des Landes geführt; bevor noch das Alkoholverbot durch den Kongreß beschlossen wurde, waren schon Tausende Orte und viele Bundesstaaten trocken gelegt. Finnland, Island, Norwegen sind dem amerikanischen Beispiel gefolgt; in Schweden sind die Landbezirke auf diesem Wege fast ganz trocken geworden. In Schottland haben auf Grund eines schon früher beschlossenen Gesetzes 1920 die ersten Abstimmungen stattgefunden, die zu einem erheblichen Teile alkoholfreudlich ausfielen.

Von hohem Interesse ist die Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes in Dänemark via facti. Obwohl schon 1912 eine halbe Million erwachsene Männer und Frauen das Gemeindebestimmungsrecht verlangt hatten, hat der Reichstag bis heute noch nicht dieses Recht in die Verfassung aufgenommen. Aber das dänische Volk hat sich dieses Recht selbst erobert. Während der letzten 15 Jahre haben 208 freiwillige Abstimmungen stattgefunden; in 318 Fällen erklärte sich die Bevölkerung gegen die Schankerlaubnis, vielfach mit überwältigender Mehrheit; in 52 Fällen ergab sich eine Mehrheit für die Bewilligung. Diese Abstimmungen waren das wirksamste Mittel, das Volk zur Ausübung des Gemeindebestimmungsrechtes zu erziehen. 67.374 Stimmen wurden gegen die Schankerlaubnis abgegeben, 25.072 Stimmen für die Erlaubnis.

Die Wirkungen dieser Selbsthilfe in Dänemark waren großartig. Unter dem Druck der Bewegung haben die Behörden hundert von Schankerlaubnissen abgesehen. 194 Gemeinden, das sind über ein Zehntel aller dänischen Gemeinden, haben den Ausschank und Verkauf geistiger Getränke aufgegeben. Infolge dieses Kampfes, in welchem die Alkoholgegner in der Lage waren, ein großes Stück Aufklärungsarbeit zu leisten, sank der Alkoholverbrauch auf ein Drittel. 1906 betrug — auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet — der Verbrauch an Alkohol 7.70 Liter, 1920 sank er auf

2.80 Liter. Ohne gesetzliche Bestätigung wird dieses Wohnheitsrecht der Gemeindebewilligung in Dänemark seit 15 Jahren ausgeübt; über kurz oder lang wird es Gesetz werden.

Begreiflich, daß das dänische Beispiel zur Nachahmung verlockt. Der deutsche Alkoholgegner tag in Breslau hat 1921 beschlossen, tatkräftig in die Werbung für das Gemeindebestimmungsrecht einzutreten. Tatsächlich haben auch schon an verschiedenen Orten Deutschlands solche Abstimmungen unter großer Teilnahme der Bevölkerung stattgefunden, so in Götting, in Heidelberg usw. Die Reichsregierung in Berlin konnte an dieser Volksbewegung nicht achtlos vorbeigehen; sie hat durch das Reichswirtschaftsministerium einen Entwurf zu einem Schankstättengesetz ausgearbeitet, in welchem der Bewilligungszwang und Bedürfnisnachweis vorgegeben ist. Durch Landesgesetz kann angeordnet werden, daß auf Verlangen von mindestens einem Zehntel eine Abstimmung der wahlberechtigten Gemeindeglieder stattfindet, die darüber entscheidet, ob in der Gemeinde der Betrieb neuer Schankstätten erlaubt werden soll, ferner ob in der Gemeinde der Ausschank von Brauntwein verboten werden soll. Das Gesetz harret noch der parlamentarischen Erledigung. Selbst in Fosen ist bereits das Gesetz über die Einschränkung des Alkoholverbrauchs (Gesetzblatt vom 6. Mai 1920) in Kraft. Jeder ländlichen und städtischen Gemeinde steht das Recht zu, den Verkauf von Getränken, die mehr als 2,5 Prozent Alkohol enthalten, im Bereich ihrer Grenzen gänzlich zu verbieten. Die Volksabstimmung hierüber erfolgt auf Anordnung der Gemeindevertretung oder auf Initiative von einem Zehntel der erwachsenen Einwohner. Es ist dies der erste Fall in Mitteleuropa, daß das Gemeindeabstimmungsrecht gesetzlich eingeführt wurde.

Der Vollständigkeit halber wollen wir noch anführen, daß das Gemeindebestimmungsrecht in Kanada, Australien und Neuseeland besteht.

Welche Stellung soll nun die sozialdemokratische Partei zum Gemeindebestimmungsrecht einnehmen? Gewiß wird über kurz oder lang dieses Recht Eingang in unsere Gesetzgebung heischen — gewiß gegen den Widerstand der Regierung, gegen den Widerstand des Alkoholkapitales und aller Alkoholfreunde. Daß sich unsere Partei niemals gegen das Gemeindebestimmungsrecht stellen wird, ist selbstverständlich; darum geht es auch nicht. Es handelt sich darum, ob die Sozialdemokratie warten soll, bis das Gemeindebestimmungsrecht durch die Agitation der Alkoholgegner auch bei uns populär wird und immer mehr Anhänger gewinnt oder ob die Sozialdemokratie selbst durch Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfes sich an die Spitze der Agitation stellt und bahnbrechend wirkt. Die Antwort kann meines Erachtens nicht schwer fallen. In Oesterreich haben sie unsere Genossen gegeben, indem die sozialdemokratische Fraktion im Nationalrat durch die Abgeordneten Dözl, Dr. Deutsch, Probst, Bortel und Schlegler einen entsprechenden Gesetzentwurf ausarbeiteten und einbringen ließ.

Dieses Vorgehen entspricht auch vollständig unserem Parteiprogramme, welches fordert: direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

Unsere Aufgabe wäre es also auch, dem Vorbilde der älteren Demokratien folgend, die Verwaltungstätigkeit den Händen einer dem Volke fernstehenden Bürokratie zu entziehen und unmittelbar nicht nur für das Volk, sondern durch das Volk selber regieren zu lassen, welches seine eigenen Bedürfnisse nicht nur selber am besten

Das Königreich Schwarzenberg.

Wer kennt es nicht, das Königreich Schwarzenberg in der tschechoslowakischen Republik? Ein Staat ist es! Die Jahrhunderte alten fürstlichen Traditionen sind mit den republikanischen Einrichtungen der Neuzeit geschickt und klug in Uebereinstimmung gebracht worden und so befindet sich das Geschlecht der edlen Schwarzenberge wohl und munter unter den Fittichen der neuen Staatslenker. Im Wandel der Zeit zerstoben Staaten und Throne in ein elendes Nichts, doch agile und anpassungsfähige Fürsten und Adelsgeschlechter vermochten auch die Brandung einer Revolution zu überstehen und sich hinüber zu retten an die glücklichen Gestade eines anderen kapitalistischen Staatengebilde.

Das Geschlecht der Schwarzenberge gehört zu ihnen! Ungeschmälert sind seine Machtbefugnisse geblieben, unumschränkte Machtflüsse umgibt noch heute die einstmalige mächtige Stütze des Habsburgerthrones. Was Wunder auch? Stehen doch einflußreiche Helfer schützend an der Seite des eingeschränkten Königs des Böhmerwaldes. Die hohe Akerisei ist der treue Waffengefährte des strengpaläutinigen und überkriegerischen Schwarzenberg. Und das heißt viel, selbst in einem Staate, in dem so unendlich viel von freier Williger Bestimmung und Sozialismus gesprochen wird.

Welch folgamen Schildnapfen die römische Hierarchie in dem früheren k. u. k. Fürsten Schwarzenberg und seinen einfachen Doktor Schwarzenberg besitzt, zeigt ein Dekret, das im Jahre 1911 der Fürst seinen Angestellten zur Unterschrift vorlegte und in dem der Wunsch ausgesprochen wurde, daß seine Bediensteten den Gottesdienst fleißig besuchen und zur heiligen Messe und Kommunion gehen mögen. Es sollen die hohen Beamten den niederen Angestellten mit gutem Beispiele vorgehen.

In der Person des Regierungsrates Prof. Dr. A. Brochhausen fand sich damals der Nörgler, der öffentlich gegen einen solchen Seelenfang scharfsten opponierte. Aber kaum wurde eine Stimme des Protestes laut, kam schon aus „freien Stücken“ aus der Schwarzenberg'schen Beamenschaft eine Erwiderung, die leider niemals den Weg in die Öffentlichkeit fand. Da wir nun einmal Redlichkeitsfanatiker sind, wollen wir der Öffentlichkeit mit der Wiedergabe einiger Bruchstücke der Entgegnung zeigen, mit welcher rührender Hingabe das Haus Schwarzenberg um das seelische und wirtschaftliche Wohl und Wehe seiner Bediensteten besorgt ist.

In der Rundgebung der Schwarzenberg'schen Angestellten und Beamten heißt es u. a.:

„Und wir alle, die wir aus freiem Entschlusse diese Rundgebung gelahrt und unterfertigt, geben hiemit im Nachstehenden die umfassendste Antwort.“

Es ist die unanwendbare, aufrichtige Anhänglichkeit, die Liebe und Verehrung der Angestellten zu ihrem Dienstgeber und von diesem wieder das große Vertrauen, welches er seinen Angestellten entgegenbringt, das auch durch manche Dienstwidrigkeit des einen oder anderen Bediensteten nicht erschüttert werden kann!

Um diese große Anhänglichkeit, die wir unserem herzensguten, niemals ungerathenen, greisen Fürsten entgegenbringen, lieh uns den sogenannten Kirchenrat in der Weise auffassen, daß wir uns sagten: Unser Fürst, der vermöge seines Alters und seiner bekannten Fürsorge, die er jedem seiner Angestellten in ungeschmähter Weise zutommen läßt, hat uns als verehrter Vater damit sagen wollen: In Euch allen meinen Schutzgeliebten, für die mein Herz in aufrichtiger Fürsorge schlägt, sage ich, wie ein treuer Vater dies seinen Kindern doch wohl kann und soll bleibt ehrenwerter treue Bedienstete und schaut Euch nicht, auch wesentlich zu bekunden, daß Ihr Christen seid und bleiben wollt.

Es gehört zu den sensationellsten Ereignissen, wenn einmal ein definitiv Angestellter entlassen wird. Er muß es da wohl nicht einmal, sondern gewiß vielfach verdient haben. Und da bekommen, beinahe ausnahmslos, die Kinder und die Gattin eine ihrem Pensionsanspruch entsprechende Unterfütterung, weil der Fürst in edler, gerechter Weise annimmt, daß eben die Gattin und die Kinder doch nicht für die Verschulden des Mannes mit verantwortlich sind.

Und nun zum Schluß: Um einen Reil einzutreiben in den selten, innigen Zusammenhalt zwischen Brotherrn und Beamenschaft im Königreiche Schwarzenberg ist der „Offene Brief“ des Dr. Brochhausen geschrieben worden. Er entbehrt aber in der Hauptsache die Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse und der durch heilige Traditionen überlieferten Gepflogenheiten.“

Nun muß alle Welt davon überzeugt sein, wie unrecht dem Fürstengeschlecht der Schwarzenberge geschieht, wenn sie und da eine böse Zunge behauptet, es sei kein wohlwollender Arbeitgeber. Und doch sind wir trotz obiger Erklärung, die aus „freien Stücken“ von der „ganzen“ Angestelltenchaft abgegeben und unterschrieben wurde, nicht in der Lage, Seiner Hochwohlgeborenen Herrn Fürsten Schwarzenberg unser vollstes und uneingeschränktes Lob zu zollen. Wir wissen zwar im vorhinein, daß der Herrscher des Schwarzwaldes unser Urteil mit einer verächtlichen Handbewegung abtun wird. Aber gerade dieser Umstand veranlaßt uns, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß nicht alles Gold ist, was glänzt.

Die „spontane“ Rundgebung der Schwarzenberg'schen Angestellten spricht von „heiligen Traditionen“ und „Gepflogenheiten“, von „wahren Christentum“ und „väterlicher Fürsorge“. Die rauhe Wirklichkeit zeigt uns jedoch ein anderes Bild. Herr Schwarzenberg ist Despot, seine Frömmerei ist Puppenchristentum! Die Pensionisten des mit einem väterlichen Herzen ausgestatteten Fürsten zeigen am deutlichsten, wie

es um die Nächstenliebe dieses christlichen Adelsgeschlechtes bestellt ist.

Und mag Fürst Schwarzenberg noch unzählige Messen lesen und diese mit einem großen Gebetbuch: in der Hand liegend anhören, so bleibt es ein für allemal traurige Wahrheit, daß seine Pensionisten elend hungern und darben.

Herr Fürst Schwarzenberg! Ist es wahr oder nicht, daß Sie in letzter Zeit vornehmlich deutsche Angestellte entlassen, die auf eine mehr als 30 jährige Dienstzeit zurückblicken können und die Sie mit einer Pension von 7.50 Kronen täglich, abspesen?

Während des Krieges hat dieser adelige Frömmeler an seine Untergebenen eine Resolution erlassen, in der eingeführt wurde, daß allen Frauen der im Kriege eingerückten Beamten und Angestellten, wenn sie aus dem Felde oder sonstigem Aufenthaltsorte in vier bis sechs Wochen kein Schreiben oder sonstiges Lebenszeichen ihrer Angehörigen erhalten, nur die Hälfte des Gehaltes auszubezahlt werden darf.

Auch tapfer ist der Hochgeborene Fürst während der schweren Kriegszeit gewesen! Als Major hat er einen von ihm selbst bestellten Sanitätszug geführt. Gewiß eine nicht unedle Tat, die aber recht ungefährlich ist und einem vielfachen Milliarden gewiß nur einen Pappenstiel gekostet hat.

Für heute bringen wir nur diese kleine Auslese aus einem Anlagematerial, das uns zur Verfügung steht. Es gibt der Schwarzenberge noch gar viele, wenn sie auch andere Namen tragen; aber der Schwarzenberg des Böhmerwaldes ist eine besondere Analyse römischer Heuchelei und despotischer Unzulänglichkeit.

kennt, sondern auch seine eigenen Interessen selber am nachdrücklichsten zu wahren weiß. Dabei wissen wir, daß die Regierung, die herrschende, z. T. allösterreichische Bürokratie in der Tschechoslowakei darauf ausgeht, die letzten Reste der Selbstverwaltung zu erdrosseln. Aber das muß uns noch mehr Ansporn sein, uns gegen den Prager Zentralismus, gegen jede bürokratische Bevormundung zu wehren und zur Gegenoffensive überzugehen. Die Zeit arbeitet für uns. Die Demokratie wird nicht an den Toren von Bodenbach und Lundenburg Halt machen.

Das Gemeindebestimmungsrecht ist, obgleich eine spezifisch demokratische, doch keineswegs nur eine spezifisch amerikanische Erscheinung. Es ist bereits ein unverwundbares, fast eingebürgertes Besitztum jener europäischen Völker, die im Aufstieg zur Demokratie schon eine höhere Stufe erklommen haben.

Der Grundsatz des Gemeindebestimmungsrechtes bedeutet noch keine Stellungnahme zur Alkoholfrage; die bleibt den Wählern, den Abstimmenben überlassen. Aber er wird uns im Kampfe gegen den Alkohol langsam und sicher weiterbringen. Darum bekämpft das Alkohollapital überall den Grundsatz des Gemeindebestimmungsrechtes.

Dieser Grundsatz der Gemeindebestimmung, der Volksabstimmung soll und braucht nicht beschränkt zu bleiben auf die Ordnung des Alkoholhandels und der Alkoholverzehrung, er kann und soll auch angewendet werden auf andere Gebiete innerhalb der Verwaltung des Staates und der Gemeinde.

Die Erfahrungen aber, die bei der Ausübung dieses Volksrechtes gemacht wurden, weisen nach Larsen-Ledet, dem Vorkämpfer des Gemeindebestimmungsrechtes in Dänemark, zwei interessante Erscheinungen auf.

Die erste ist, daß die Teilnahme an Abstimmungen immer dort am größten ist, wo es sich um den Alkohol dreht. Die andere, daß Schul-, Steuer- und anderen Fragen der gemeine Mann nicht annähernd so großes Interesse abgewinnt wie der Entscheidung über den Alkoholhandel. Der Alkoholfrage gegenüber sind nur wenige Bruchteile der Bevölkerung gleichgültig, sie greift nämlich den Wähler aus Herz und treibt sie an die Wahlurne wie keine andere Gelegenheit.

Aus diesen Erfahrungen müssen die Sozialdemokraten die richtige Folgerung ziehen. Sie werden dem Kampf gegen den Alkoholismus großen Nutzen bringen, wenn sie den Wählern das Recht erobern werden, durch unmittelbare Abstimmung über diese wichtige Frage der Volksgesundheit zu entscheiden. Dafür wird der Kampf um den Alkohol, den alten demokratischen Grundsatz, der schon in den Staaten des Altertums bekannt war, aus der Vergessenheit hervorzuholen und in seine Rechte einsetzen. Die Wähler werden sich das Recht erobern, durch unmittelbare Abstimmung in allen grundsätzlichen Fragen, die Staat und Gemeinde angehen, zu entscheiden.

Der Kampf um das Gemeindebestimmungsrecht ist eine Lebensfrage der Abstinenzbewegung. Der Kampf um die Gemeindeabstimmung ist ein Kampf für Demokratie und Selbstverwaltung.

E. L.

Die Gemeindewahlen.

Wie die Deutschbürgerlichen Forderungen vergeben,

Die Stadtgemeinde Karlsbad hatte im Jahre 1921 aus dem städtischen Kohlenäurewerk 61.000 Kronen Reingewinn gezogen. Um das Werk besser auszunutzen, beschloß der Stadtrat seine Verpachtung. Es lagen nun der betreffenden Gemeindevertretungsitzung drei Angebote vor, eines der Firma Stern und Stein, welches der Stadtgemeinde 70.000 Kronen Mindestreingewinn garantierte, eines der Firma C. Franzl Söhne, welche die Hälfte des Reingewinnes andot und ein drittes der Firma Ludwig Eberhard, welcher der Stadtgemeinde folgenden Antrag stellte:

Angenommen! bei einem Reingewinn von K 1.50 per Kilogramm Kohlenäure, das 61.000fache wäre K 91.500.—, weiters angenommen! vom Mehrertrag bis zu 122.000 Kilogramm 20 Prozent vom Reingewinn. Angenommen! übersteigt die Erzeugung 122.000 Kilogramm, so 50 Prozent vom Reingewinn.

Der bürgerliche Stadtrat Feiler trat für das letzte denkbare ungünstigste Angebot ein, welches alle Zahlungsverpflichtungen des Pächters ausschließlich auf Annahmen gründet. Genosse de Witte beantragte namens unserer Partei die Vertagung der Verhandlung. Der Verlagsantrag wurde abgelehnt, worauf unsere Genossen die Sitzung verließen. Die verbliebenen deutschbürgerlichen Stadtvertreter aller Parteien beschloßen die Verpachtung des Kohlenäurewerkes unter den denkbar schlechtesten Bedingungen an diesen Herrn Eberhard.

Selbstverständlich wird dieser „Beschluss“ aufgehoben werden. Aber bezeichnend für die Art und Weise, wie die bürgerliche Mehrheit arbeitet, ist er doch. „Angenommen“, es wäre dies, und „angenommen“, es wäre jenes — auf derartigen „Grundlagen“ baut diese Mehrheit, wenn sie ein bisher kommunal verwaltetes städtisches Werk in Pacht gibt.

Wie die Deutschbürgerlichen zu sparen verstehen.

Von deutschbürgerlichen Parteien wird den Sozialdemokraten häufig Verschwendung des Gemeindevermögens vorgeworfen. Daß die Bürgerlichen zu sparen verstehen, geht aus ihrer in der Vorkriegszeit reichlich erprobten Verwaltungskunst deutlich hervor. Da haben sie im Sparen Meisterhaftes geleistet. Sie sparten an den Kranken und Ortsarmen, sie verstanden es, die Gemeindeangestellten hungern zu lassen und sparten auch vor allem an den Schulen. Hierbei entwickelten sie beinahe lächerliche Sparwitz.

Die Lehrer von Setzenz, einer Gemeinde bei Teplich, verlangten für ihr Konferenzzimmer einen Hutreehen mit zehn Haken. Nach Jahren kam der Bescheid: bewilligt wurden acht Haken! Begründung: zwei Lehrer wohnen im Schulhause, die sollen die Hute zu Hause lassen. Beim Abschluß eines Vertrages mit dem ehemaligen Fürsten Clary war dieselbe Gemeindevertretung aber nicht so fleischlich. Denn das Wort „Sparen am richtigen Orte und zur richtigen Zeit“ kennen die Bürgerlichen nicht. Und da man es mit einem Fürsten zu tun hatte, wurde die Gemeinde auf fünfzig Jahre verpflichtet, den Wilschaden des Herrn Clary zu bezahlen. Dagegen ersparten die Bürgerlichen der Gemeinde zwei Huthaken und die Verbuchungsgebühren des Wasserleitungsbauwerks. Die Folge davon war: Die Brucher Kohlenwerke errichteten einen Tagbau und warfen die Kohle heraus. Schadenersatz konnte nicht verlangt werden, weil die Bürgerlichen die Grundbuchgebühren erspart hatten. Der hierdurch erlittene Schaden geht in die Zehntausende Kronen und erspart wurden an Grundbuchgebühren hundert Kronen.

Jetzt sage noch jemand, daß die deutschbürgerlichen Parteien nicht die zur Gemeindeverwaltung berufensten Sparmeister sind!

Ein Kommunist gegen den Preisabbau.

Bei der politischen Bezirksverwaltung Freiwaldau in Schlesien fand am vergangenen Freitag eine Sitzung der Vertreter sämtlicher Parteien statt, die sich mit der Festsetzung von Höchstpreisen beschäftigte. Die Sitzung hatte prinzipiell zu entscheiden, ob Höchstpreise überhaupt für Milch festgesetzt werden sollen oder nicht. Die Vertreter sämtlicher Parteien und selbstverständlich auch unsere Genossen setzten sich übereinstimmend für die Festsetzung von Höchstpreisen ein. Der Kommunist Langer hingegen war anderer Ansicht und gab eine Erklärung gegen die Festsetzung von Höchstpreisen ab. Die kommunistische Partei könne einer Milchpreiserhöhung nicht zustimmen, da hierdurch die Bauern umgebracht würden! Bei der Abstimmung stimmte auch als einziger der Kommunist Langer gegen die Milchpreiserhöhung.

In einem Bezirk, wo die Arbeiterschaft unter dem Druck einer ungeheuren Arbeitslosigkeit in größter Not und im schlimmsten Elend lebt, setzt sich die kommunistische Partei gegen die Verbilligung eines für Proletarierkinder wichtigen Nahrungsmittels ein, weil nach ihrer Meinung „die Bauern hierdurch umgebracht würden“.

Kampf, nicht Wahl!

Die deutschen nationalsozialistischen Parteien Deutschlands und der Tschechoslowakei beschloßen in Salzburg feierlich, fortan „eine taktische Einheit zu bilden“. Wie diese taktische Einheit in Wirklichkeit beschaffen ist, beweist ein Blick in die Wahlsparolen der

deutschen Nationalsozialisten in Oesterreich und bei uns.

Im österreichischen Parteiorgan der Hakenkreuzler wird ein Aufruf erlassen, in dem es heißt:

Kampf, nicht Wahl!
Sturmabteilung, nicht Stimmzettel soll fürder unsere Losung sein. In Salzburg ist die Entscheidung zwischen der altüberkommenen parlamentarischen und der jugendfrischen, von den Juden zutiefst gehaßten Münchener Richtung gefallen. München hat gesiegt!

Im Duxer „Tag“ aber wird zur rechten Mahlagitation aufgefordert und der „Bescheidenen“ Hoffnung Ausdruck gegeben, daß zweitausend nationalsozialistische Parteimitglieder als Gemeindevertreter in die neugewählten Gemeindeförperschaften einzusetzen werden. Also bekennen sich unsere Nationalsozialisten nicht zur jugendfrischen Münchener Richtung, sondern „zur altüberkommenen parlamentarischen“. So schaut die „taktische Einheit“ aus! — Die zukünftige Verteilung der Macht erfolgt durch die Nationalsozialisten, wie man sieht, sehr zeitlich. Vielleicht wäre es doch besser, erst den Bären zu erlegen, ehe man sein Fell verteilt. . . .

Unsere Wahlvorbereitungen. Am Samstag war in Reichenberg eine erweiterte Sitzung der Kreisvertretung. Aus den Berichten der Vertrauensmänner war ersichtlich, daß überall im Kreisgebiete die Wahlarbeit mit aller Energie durchgeführt wird und daß unter den Genossen eine gute Stimmung herrscht. — In Kuffia fand Sonntag eine Kreisversammlung statt, die sich mit den Gemeindewahlen beschäftigte. — Im übrigen wurde Sonntag eine ganze Reihe von Bezirkskonferenzen abgehalten,

in denen der Kampfeswille und das hohe Aufnahmehalten unserer Genossen zum Ausdruck kamen. — Am kommenden Sonntag findet mit der Tagesordnung: „Die Gemeinde- und Organisationsfragen“ eine Bezirkskonferenz des Bezirkes Weqstádl in Stalos Gasthaus in Stralschen statt. Referent Genosse Schweichhart.

Konferenz der tschechisch-sozialdemokratischen Gemeindevertreter. Prag, 26. August. Gestern und heute fand in Prag eine Konferenz der tschechisch-sozialdemokratischen Gemeindevertreter statt. Abg. Píll referierte über die Tätigkeit der tschechisch-sozialdemokratischen in der Gemeinde, der Beisitzer des Landesverwaltungsaußschusses Aderman über die Finanzwirtschaft in den Gemeinden und der Abg. Dr. Meißner über die Gemeindevahlordnung. Nach einer Debatte wurde im Sinne der Ausführungen der Referenten eine umfangreiche Resolution angenommen, die auf die guten Erfolge der Arbeit der sozialistischen Gemeindevertreter, die diese unter schwierigen Bedingungen geleistet haben, verweist und die Beibehaltung der heutigen demokratischen Wahlordnung fordert. Es wurden weiter Richtlinien für die Arbeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter festgelegt. An der Tagung nahmen 1200 Delegierte und 200 Gäste teil.

Der Wahlaufruf der kommunistischen Partei, der am Sonntag in der kommunistischen Presse veröffentlicht wurde, enthält folgende bemerkenswerte Stelle: „In Gemeinden, wo keine kommunistische Partei besteht und infolgedessen keine Kandidatenliste dieser Partei aufgestellt ist, müssen die Angehörigen der arbeitenden Klassen ihre Stimmen abgeben für die oppositionelle, gegen die Koalition gerichtete Kandidatenliste der Arbeiter, Bäcker und Kleinbauern zum Proteste gegen die bestehende Regierung und als Manifestation der Arbeiter- und Kleinbauern für die Arbeiter- und Bauernregierung.“

Inland.

Präsidenten-Aussprüche. Der Präsident der Republik besuchte die Gauhaut Zvolen und die Stadt Levice. Der Präsident bemerkte in einer Erwidrerung: „Demokratie bedeutet, daß wir alle arbeiten müssen. Wenn wir zusammen arbeiten und tätig sein werden, wird es uns gut gehen. Wir haben gewonnen und einen Gegner, der am Boden liegt, muß man nicht schlagen. Das Volk wird seine charakteristischen Eigentümlichkeiten und seine Autonomie haben, wenn es sich selbst zu leiten verstehen wird. Keine Autonomie eines Volkes und Staates ist möglich, wenn nicht die Einzelnen selbstbewußt und mannhaft sind, um selbst für sich zu sorgen.“ In Levice sagte der Präsident auf eine ungarische Ansprache des Bürgermeisters der Stadt, Geza Bráuer, ebenfalls in ungarischer Sprache: „Ich freue mich, daß Sie die gleichen Ansichten bezüglich der Demokratie haben wie ich. In einem demokratischen Staate gibt es zwischen loyalen Bürgern keinen Unterschied. Ich glaube Ihnen, daß die magyarische Bürgerschaft loyal ist und wünsche Ihnen sowie Ihren Mitbürgern alles Gute.“ Dem Präsidenten wurde noch ein Memorandum überreicht, in welchem um die Rückgabe des ungarischen Gymnasiums ersucht wird.

Eine römische Stimme über den tschechischen Faschismus. Das römische Faschistenblatt „L'Impero“ schreibt über den tschechischen Faschismus u. a. Folgendes: „Der Sieg des Faschismus in Italien hat sein Echo auch in Böhmen gefunden; irgendjemand sagte sich: wenn eine solche rein italienische, nationale Revolution in Italien möglich war, warum sollte sie es nicht auch hier sein, und die Sache war fertig. Und so entstanden drei — wofürgeret drei — faschistische Sektoren, zwei in Prag und eine in Mähren: die Rotweissen, die Nationale Bewegung und die dritte nannte sich direkt Faschismus. Die erste Schwäche liegt schon darin, daß es sich um eine Dreieheit handelt, von der man nicht sagen kann, daß sie vollkommen wäre. Nationalgefühl kann doch in einer Nation nur eines sein und muß seine Grundlage in dem Streben haben, der allgemeinen Sache zu dienen und nicht den Interessen eines Teiles. Die Begründer des tschechoslowakischen Faschismus haben offenbar mehr Rücksicht auf persönliche Interessen genommen als auf die Interessen des Vaterlandes — und begannen zum Beweis dessen damit, daß sie von Anfang an statt einer drei Parteien bildeten, deren jede den reinen Patriotismus für sich reklamiert. Der taktische Fehler der ersten Gruppe, der Rotweissen, war es, daß sie sich von Anfang an zu einer schon bestehenden Partei, der Nationaldemokratie, und zu einem Schilde geschlagen haben, den einige persönlich kompromittierte Mitglieder dieser Partei trugen, die sich als Instrument zu einem Kampf hergibt, den diese Leute aus Mißgunst und eigener Unfähigkeit gegen die Person des Präsidenten führen. Die zweite Gruppe, die Nationale Bewegung — charakterisiert eben ihre Unfähigkeit sich zu bewegen. Sie haben ein hübsches Abzeichen: eine Trifolore, darin ein goldenes „N“, aus dem eine römische Art oder ein Schwert hervortritt. Ihre Führer behaupten, daß ihrer 70.000 sind, aber von den Abzeichen sieht man wenig — vielleicht deswegen, weil sie keine Zusammenkünfte hervorrufen und aus Liebe zu einem ruhigen Leben die Entzündbarkeit der Träger der Sichel und des Hammers nicht herausfordern wollen. Ein Abzeichen haben und zwischen zwei Glas Bier den Staat bilden und

umformen, bedeutet schon etwas — wenn es freilich genügt. Die dritten, die sich ohne weiteres Faschisten genannt haben, sind um nichts gefährlicher. Sie stammen aus Kremstier. Kremstier begnügt sich aber damit, Geburtsort zu sein. Anhänger der neuen Kirche gibt es dort wenig und auch den hanafischen Faschismus nimmt dort niemand ernst. Sie spielen mit einem Gedanken und stellen ihrem Gedanken selbst das Bein; das ist alles.“

Die Nationaldemokraten rufen schon wieder nach dem Schutze! Das Blatt der in der nationaldemokratischen Partei organisierten agrarischen Opposition „Rok“ richtet einen frechen Angriff gegen die Bergleute. Es schreibt: Es gibt etwas mehr als 120.000 Bauern in der Republik und was würden die sozialistischen Herrschaften dazu sagen, wenn die Bauern erklären würden, daß sie nicht einen Liter Milch und nicht ein Gramm Getreide für die Ausständigen liefern. Die Regierung, die ein Gesetz zum Schutze der Republik herausgegeben hat, muß alles daran setzen, daß dieser Anschlag gegen den Staat, gefährlicher und schlimmer als alle bisherigen, abgeschlagen und für alle Zukunft unmöglich gemacht werde.

Ausland.

Die georgischen Sowjets am Pranger.

Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Georgiens an die kommunistische Partei und den Rat der Volkskommissare Georgiens.

Seit dem Tage der Eroberung Georgiens wird unsere Partei von Euch auf die unwürdigste Art belächelt. Anfangs äußerte sich dieser Kampf in der Entgegnung unseres Parteibüros (der Parteidruckereien usw.), Schließung unserer Parteiklubs, in Massenverhaftungen und Verbannungen. Ihr raubtet der georgischen Sozialdemokratie jede Möglichkeit, legal zu existieren und zu arbeiten. Aber auf diese Art gelang es Euch nicht, den Einfluß unserer Partei auf die Volksmassen zu vernichten, und nun versucht Ihr, schon ein Jahr lang, sie physisch auszurotten. Seit November 1922 hören die Hinrichtungen unserer Genossen nicht auf. Von der Mörderhand Eurer Henker fiel eine Reihe sozialistischer Arbeiter und Bauern, die die Pioniere der zukünftigen sozialistischen und revolutionären Bewegung in Georgien waren. Aber auch damit gabt Ihr Euch nicht zufrieden. Jetzt werden von Euch in den Kellerräumen der Tscheka unsere verhafteten Genossen gefoltert. Durch Torturen wird von unseren Genossen der Austritt aus unserer Partei erpreßt. Von diesen beispiellosen physischen und sittlichen Folterungen sind einige unserer Genossen wahnsinnig, andere sind zu Krüppeln für das ganze Leben gemacht worden, der Rest ist in der Tscheka umgekommen.

Gegenwärtig sind in Tiflis allein in der Festung Metechi und in den Kellerräumen der Tscheka siebenhundert bis achthundert Mann wegen politischer Verdachte eingekerkert. In den Fabriken werden die wenigen georgischen Arbeiter, die noch nicht entlassen wurden, von den Agenten Eurer Tscheka durch Drohungen aller Art gezwungen, ihre Unterschrift zu einer in der Tscheka abgefaßten Erklärung abzugeben. Wir haben in den Händen Beweise, daß an dieser schändlichen Vergeivaltigung unserer Arbeiter neben den verumpten Tschekisten Eure höchsten Staatsbeamten sich beteiligen.

Diese erprehten Unterschriften unserer Arbeiter braucht Ihr für die sogenannten Konferenzen, die von Euch einberufen werden, um zu beweisen, daß unsere Arbeiter und Bauern ihre „Sünden“ eingesehen hätten und jetzt bereit wären, mit Euch zu gehen. Durch Bestechung und Terror habt Ihr zwei bis drei Ueberläufer bekommen und der Arbeitermasse droht Ihr mit Verfolgungen aller Art, wenn sie gegen Eure Mächenschaften protestieren sollte. Die Ueberläufer, die im Namen der Arbeitermasse sprechen, tun das, was die Tscheka ihnen befiehlt. Und zur selben Zeit ist unfre Partei und allen Euren Ideengegnern jede Möglichkeit genommen, gegen Euch aufzutreten.

Niemals hat eine despotische Regierung sich zu derartigen Maßnahmen erniedrigt. Das, was Ihr tut, ist kein Ideenkampf. Es ist dies ein endloser Krieg gegen das georgische Volk. Auf diese Art wollt Ihr den nationalen Freiheitskampf Georgiens erdrosseln.

Unter diesen Umständen haben wir uns entschlossen, Euch folgenden Vorschlag zu machen:

1. Möge eine Kommission aus europäischen Kommunisten und Sozialisten (auf paritätischer Grundlage) die gegenwärtige Lage Georgiens und den Willen des georgischen Volkes feststellen.
2. Wir sind damit einverstanden, daß diese Kommission nicht das gesamte Volk befragen soll, sondern bloß die Arbeiter und Bauern, d. h. nur die Volksschichten, die nach der Sowjetverfassung das Wahlrecht besitzen und die, wie Ihr behauptet, die Macht in ihren Händen haben.
3. Wir geben im voraus vor aller Welt das feierliche Versprechen ab, jegliche gegen Euch gerichtete Tätigkeit und Agitation sowohl in Georgien selbst als auch außerhalb Georgiens einzustellen, wenn sich herausstellen sollte, daß auch nur ein Drittel unserer arbeitenden Massen auf Eurer Seite ist. Wir stellen dabei nur die eine Bedingung: Die Abstimmung muß geheim sein.
4. Diese Kommission soll auch am Ort die Verbrechen untersuchen, die von Euren Agenten und Beamten begangen worden sind: Erschießung Unschuldiger, Folterungen durch die Tscheka, Erpressung von Unterschriften usw.
5. Wir sind damit einverstanden, daß das endgültige Urteil über diese Verbrechen von den Vertretern der kommunistischen Parteien Europas

Schwierige Lage der deutschen Wirtschaft.

Die Weltmarktpreise überschritten.

allein gefällt werden soll, unter der einzigen Bedingung, daß die Kommission unsere Bezeugen vernehmen und unsere Beweise prüfen soll.

6. Wenn bei der Abstimmung für Euch weniger als ein Drittel der Stimmen abgegeben wird und wenn außerdem Eure Gewaltmaßnahmen von den Vertretern der kommunistischen Parteien Europas verurteilt werden, soll sich Moskau verpflichten, seine Truppen aus Georgien abzurufen, und unter Kontrolle der genannten Kommission soll dann ein Kongreß der Sowjets einberufen werden, der den Willen der arbeitenden Massen Georgiens und die Frage über die Unabhängigkeit des Georgischen Staates entscheiden soll.

Wir glauben, daß diese Bedingungen für Euch sehr günstig sind. Die Macht ist in Euren Händen. Die Presse ist Euer Monopol. Wir sind all dessen beraubt. Tausende unserer Genossen müssen sich verstecken, wurden verbannt oder sind eingekerkert. In bezug auf diese Genossen stellen wir keine Bedingungen. Unser Vorschlag gibt Euch die Möglichkeit, das Land von gewaltigen unproduktiven Ausgaben zu befreien. Denn sollte nur ein Drittel der Stimmen für Euch abgegeben werden, braucht Ihr mehr keine riesenarmee von Polizisten, Tschekisten und Spione, die auf uns losgelassen werden, und wir werden Euch dann nicht hindern, eine Atmosphäre „friedlicher“ Arbeit zu schaffen, die von Euch angeblich so erstrebt wird.

Dies ist unser Vorschlag. Ihr habt nun das Wort.

Wenn es wahr ist, was Eure Zeitungen und Redner tagtäglich behaupten, daß die arbeitende Klasse Georgiens auf Eurer Seite ist, so müßt Ihr unseren Vorschlag annehmen und Ihr werdet dann beweisen können, daß wir die Welt belagern haben. Nehmet Ihr unseren Vorschlag nicht an, wird das Georgische Volk und die gesamte Kulturwelt sich noch einmal ein Urteil bilden können über Euer Wort und Eure Taten.

Tiflis, im Juli 1923.

Das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Georgiens.

Der Internationale Gewerkschaftsbund zur internationalen Lage.

Die Erklärung, beschlossen in der Bürositzung am 23. August 1923.

Angeblickt des Ernstes der gegenwärtigen Lage appelliert der Internationale Gewerkschaftsbund an das Gewissen und den Friedenswillen des internationalen Proletariates und ruft namentlich die deutschen, englischen, belgischen und französischen Arbeiter zum Handeln auf, um dem Zustand der Spannung ein Ende zu machen, dessen Fortdauer das wirtschaftliche Chaos Europas notwendig verschärfen und mit jedem Tage neue Konfliktskeime schaffen muß.

Zur Erreichung dieses Zieles hat der Internationale Gewerkschaftsbund von Anfang an die sofortige Feststellung der wirklichen Zahlungsfähigkeit Deutschlands, die Revision und Annullierung der internationalen Anleihe und die Durchführung einer Reparationspolitik mittels Sachleistungen durch Zusammenarbeit der deutsch-französischen Arbeit gefordert.

Der J. G. B. erklärt:

1. daß es Pflicht der deutschen Regierung ist, den kapitalistischen Widerstand zu brechen und jene zu finanziellen Leistungen heranzuziehen, die über die für die Sanierung der Finanzen, die Verbesserung der Existenzbedingungen des deutschen Volkes und die Bezahlung der Reparationsschuld nötigen Mittel verfügen;

2. daß es Pflicht der französischen und belgischen Regierung ist, der militärischen Besetzung ein Ende zu machen.

Der J. G. B. erklärt neuerlich, daß die friedlichen Beziehungen zwischen den Völkern nicht durch Einzelaktionen, denen sich die nationalen Interessen entgegenstellen würden, wiederhergestellt werden können, sondern nur durch eine vom höheren Interesse der Menschheit geleitete Gesamtkoalition. Der J. G. B. erklärt schließlich als Pflicht der Arbeiter aller Länder an diesen Prinzipien unverbrüchlich festzuhalten und solidarisch und mit dem Aufgebot aller Kräfte gegenüber den sie belämpfenden reaktionären Gewalten ihren Sieg herbeizuführen.

Frankreichs Söldlinge in den Rheinlanden.

Koblenz, 26. August. (Sabas.) Aus München-Grabbach (in der belgischen Okkupationszone) wird gemeldet, daß die rheinischen Separatisten auf dem Bahnhofe mit einigen Tausenden nationalistischer Gegenmanifestanten und Kommunisten zusammengekommen sind. Bei dieser Schlägerei wurden einige Personen verletzt. Die deutsche Polizei schritt erst nach dem Zusammenstoße ein. Die Versammlung nahm den programmgemäßen Verlauf. Von den Rednern äußerte sich insbesondere der Führer der Separatisten, Redakteur Mathews, mit Erbitterung über die von den Anhängern eines Vergeltungskrieges geübte Brutalität aus. Gegen die deutschen Behörden, welche sich nicht um die Aufrechterhaltung der Ordnung gekümmert hätten, wird seitens der Okkupationsbehörden mit Sanktionen vorgegangen werden.

Leipzig, 28. August. (Eigenbericht.) Die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft, die schon seit einiger Zeit beobachtet werden konnte, spiegelt sich mit aller Deutlichkeit im Verlaufe der Leipziger Messe wider. Die Zahl der Aussteller hat sich gegen das letztmalige Jahr noch etwas vergrößert, dafür sind die Käufer zum großen Teile ausgeblieben. Das Futland hat für alle Waren, mit Ausnahme von Lebensmitteln, nur noch geringe Kaufkraft; infolgedessen ist der innere deutsche Handel außerordentlich zurückhaltend und es kommen auf der Messe kaum noch größere Abchlüsse zustande. Aber auch das Ausland gibt seine Bestellungen in wesentlich geringerem Ausmaße als früher, da die Preise für viele deutsche Produkte über die Weltmarktpreise hinaus angehoben worden sind; manche Artikel können die Ausländer in ihrer Heimat bereits wesentlich billiger kaufen. Auf der Warenmesse ist das Geschäft schwach; nur wenige alte Firmen, deren Erzeugnisse Weltmonopol haben, erzielen umfangreiche Bestellungen. Etwas besser steht es auf der technischen Messe, wo manche Neukunden gezeigt werden und auch die Preise noch etwas mäßiger sind.

Für die nächste Zukunft der deutschen Wirtschaft müssen die größten Besorgnisse gehegt werden. In vielen Industrien ist man schon zur Einschränkung des Arbeitspersonals und zur Kurzarbeit übergegangen; die Arbeitslosenziffern zeigen in vielen Industriegebieten ein schnelles Anwachsen. Es wird der größten Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft bedürfen, um zu verhindern, daß die Unternehmer die Kosten der beginnenden Krise ausschließlich auf die Arbeiterschaft abwälzen, nachdem sie in den letzten Jahren durch die ununterbrochene Geldentwertung so riesige Gewinne erzielt haben.

Devisensteigerung und Teuerung.

Berlin, 27. August. (Eigenbericht.) Am Devisenmarkt ist wieder ein schnelles Steigen der Kurse zu beobachten, dessen Ursache in der ununterbrochenen Papiergeldhochflut und in der pessimistischen Stimmung der Börsen zu suchen ist; die neuen Maßnahmen der Regierung haben sich bisher nur wenig auswirken können. Der Dollar stieg von 4.7 auf 5.6, das englische Pfund von 21.1 auf 25.5, der Schweizer Frank von 845.00 auf eine Million, die Tschechoskone von 138.000 auf 165.000.

Die schnell die Teuerung fortschreitet, kann durch einige Zahlen erläutert werden. Vom 1. September ab wird ein Telephongespräch 75.000 Mark kosten, ein Fernbrief 75.000 Mark und ein Auslandsbrief 200.000 Mark. Die Gütertarife werden um ein Vielfaches erhöht werden und auch die Personalrate werden eine Erhöhung um mehrere hundert Prozent erfahren. Für ein Pfund Margarine zahlt man 900.000 Mark, Schokolade kostet 1,2 Millionen, frisches Fleisch 1,5 bis 2 Millionen pro Pfund, ein Ei 140 bis 160.000 Mark; selbst für inländische Erzeugnisse stehen die Preise schon zum Teil über Friedenshöhe.

Der Kampf um Havenstein.

Berlin, 27. August. (Eigenbericht.) Der Konflikt zwischen der Reichsbankleitung und der Angestellten dieses Instituts wegen der krisisvollen Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden Grohmann ist trotz der heutigen Vermittlungsverhandlungen zu keinem günstigen Abschluß gekommen; morgen wird sich der Schlichtungsausschuß mit der Angelegenheit beschäftigen. Unabhängig davon beschäftigen die Reichsbankangehörigen in Berlin die in Vorbereitung befindliche Aktion zur Wiedereinstellung Grohmanns durchzuführen. Die Abstimmung über den geplanten Streik in der Druckerei der Reichsbank hat die notwendige Dreiviertelmehrheit ergeben; die Ergebnisse aus dem Reich liegen zwar noch nicht vollständig vor, doch ist anzunehmen, daß auch die Angestellten der einzelnen Filialen der Reichsbank sich für den Streik entschließen werden.

Heute beschäftigte sich erneut ein engerer Kabinettsrat mit der Frage der Reubesetzung der Reichsbankleitung. Als Nachfolger Havensteins ist eine Persönlichkeit ausersuchen, die auf Grund der bisher von ihr geführten Reparationsverhandlungen einen guten Ruf hat. Der „Sozialdemokratische Nachrichtendienst“ bezeichnet die Meldung der bürgerlichen Presse über ein Vertrauensvotum des Zentralausschusses der Reichsbank für Havenstein als falsch. Havenstein habe am Schlusse der Sitzung nur gesagt, er glaube feststellen zu können, daß die Reichsbank bisher nach bestem Wissen und Können gearbeitet habe, daraus kann offenbar noch kein Vertrauensvotum konstruiert werden.

Starke Hand tut not.

München, 27. August. Reichskanzler Dr. Stresemann gewährte gestern dem Chefredakteur der „Münchner Neuesten Nachrichten“ eine Unterredung. Stresemann sagte u. a.: Die gegenwärtige Koalition ist die stärkste Zusammenfassung der parlamentarischen Kräfte im neuen Deutschland. Die Regierung kann deshalb ungezügelter und sicherer arbeiten als ein Kabinett, das sich seine Mehrheit von Fall zu Fall suchen muß. Eine Reihe von Fragen, die in nächster Zeit zur Lösung kommen müssen, wird unter Umständen nur auf dem Wege diktatorischer Maßnahmen zu lösen sein.

Durch die direkte Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Ministern werden auch jene Schwierigkeiten wesentlich erleichtert, die bisher darin bestanden, bei großen grundlegenden Fragen die Zustimmung der stärksten außerhalb der Regierung stehenden Partei zu erlangen. Alle Maßnahmen einer deutschen Regierung müssen in der Gegenwart darauf abgezielt sein, daß sie das Volk zusammenhält und diese Einheit nicht durch Parteikämpfe zerstören lassen. Die Regierung hat ausdrücklich alle staatsbejahenden Elemente außerhalb der jetzigen Koalition zur Mitarbeit aufgefordert. Dies gilt auch von der Bayerischen Volkspartei, die sich bisher gegenüber der neuen Regierung abwartend verhielt, sich aber durch ihre Führer zustimmend zum Programm der Regierung ausgesprochen hat.

Die Notverordnung über die Devisenbeschaffung ist der erste Schritt und wird werden auf dem beschrittenen Weg zur inneren Sanierung weiterzuführen. Die notwendige Anpassung der Löhne und Gehälter darf sich nicht schematisch im Vergleich mit den Friedensverhältnissen vollziehen, da sie auf die Dauer zu schweren Gefahren für uns werden muß. Die Notwendigkeit, in unserer jetzigen Wirtschaftslage die Ausfuhr mit allen Mitteln zu heben, habe ich bereits betont und auch auf diesem Gebiet hoffe ich auf baldige praktische Ergebnisse. Grundfalsch kann ich über die Stellung der Reichsregierung zur Reichsbank nur das eine sagen, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Reiches von der Reichsbank unterstützt werden muß und daß eine Durchkreuzung der Reichspolitik durch Maßnahmen der Reichsbank zu unmöglichen Situationen führen müßte. Von der Zusammenarbeit der Reichsbank mit der Reichsregierung und von der Anerkennung der grundsätzlichen Einstellung der Reichsregierung ist auch die Lösung der Personenfrage abhängig.

Die Mark-Zertrümmerer haben zu Havenstein Vertrauen.

Berlin, 26. August. (Wolff.) In der gestrigen Zentralauschusssitzung der Reichsbank erklärte nach der Rede des Reichsbankpräsidenten Havenstein, der dienstälteste Direktor der Reichsbank, Geheimrat Dr. Grimm, Präsident Havenstein habe die Reichsbankpolitik immer im Einvernehmen mit dem gesamten Direktorium geführt, und gab dem Präsidenten gegenüber die Erklärung vollster Solidarität im Namen des gesamten Direktoriums ab. Anschließend daran, betonte Dr. Salomonsohn, von der Diskontogesellschaft, die Reichsbank treffe am Währungsabend und an der Inflationswirtschaft kein Verschulden und beantrage, dem Reichsbankpräsidenten namens des Zentralausschusses das vollste Vertrauen auszusprechen. Der Antrag fand einstimmige Annahme durch sämtliche Mitglieder.

Eine merkwürdige Beschlagnahme der „Roten Fahne“.

Berlin, 27. August. Die Sonntagsnummer der „Roten Fahne“ ist in der Nacht zum Sonntag, kurz nachdem die ersten Exemplare das Haus verlassen hatten, beschlagnahmt worden. Ein vom Verleger der „Roten Fahne“ herausgegebenes Flugblatt erklärt, die Gründe zur Beschlagnahme seien unbekannt. Bereits am Sonntag vormittags hatte die politische Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums in der Zentrale der kommunistischen Partei und im Sekretariat Berlin-Brandenburg Hausdurchsuchungen abgehalten. Die „Rote Fahne“ ist heute Sonntag wieder erschienen.

Das Urteil im Prozeß Bauer.

München, 27. August. (Sch. P. B.) Das heute abends um halb 6 Uhr unter großem Andrang des Publikums verkündete Urteil im Mordprozeß Bauer, das einstimmig gefällt wurde, lautet: Zwengauer wird wegen Verbrechens des Mordes zum Tode, Berger Johann, aus Böhmen gebürtig, wegen Vergehens der Beihilfung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, Berger Ernst, sein Bruder, wird freigesprochen. Dr. Ruge wird vom Verbrechen der Anstiftung zum Morde freigesprochen und wegen Vergehens der Aufforderung zum Morde um einem Jahr Gefängnis verurteilt. Nach Schluß der Sitzung verließ Ruge mit den Worten: „Schurkenurteil, Gemeinheit!“ an den Richterlich vorzutreten. Auch Zwengauer sagte, als er abgeführt wurde: „Das ist ein Schandurteil, wie es ein größeres noch nicht gegeben hat.“

Statt Milderungen, fortwährend Verschärfungen.

Berlin, 26. August. (Wolff.) Wie aus Elberfeld gemeldet wird, reihen die Franzosen auf dem Bahnhof Bohwinkel die Geleise der Nebenstrecken nach Solingen und Langenbera auf, so daß nur noch zwei Geleise für den Durchgangsverkehr nach dem englischen Brückenkopf frei bleiben. Dadurch wird der Güterverkehr ganz empfindlich getroffen und es droht eine starke Lebensmittelnot in dem angrenzenden Gebiete. — Wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, haben französische Patrouillen im Frankfurter Stadtpark an der dort verlaufenden Grenze des besetzten Gebietes eine scharfe Kontrolle eingerichtet, daß Frankfurt, das bisher nur nach Westen streng abgepöckelt war, auch nach Süden hin zerniert wird.

Telegramme.

Poincarés dieswöchentliche Sonntagspredigt.

Chassey, 26. August. (Sabas.) Bei der Enthüllung eines Denkmals für die Gefallenen hielt Ministerpräsident Poincaré eine Rede, in der er darin erinnerte, daß im Falle des Sieges Deutschlands Italien weite Gebiete an Oesterreich hätte abtreten müssen, die Tschechoslowakei und Polen wären unterworfen geblieben und Rumänien und Serbien wären zertümmert worden. Die Schätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit, auf die sich der deutsche Reichskanzler Dr. Stresemann berief, indem er gegen die Berechnung der Reparationskommission protestierte, beweise, zu welchen besonderen Forderungen man gekommen wäre, wenn internationale Fachleute mit der Festlegung der Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches betraut worden wären. Unsere Ansichten diesbezüglich können nicht geändert werden. Um die Wiedergeburt nach dem Jahre 1870 vorzubereiten, haben wir gearbeitet und einen Beweis der Loyalität und des guten Willens gegeben. Falls die Deutschen sich nicht entschließen, ähnlich zu handeln, werden sie uns zwingen, die Drohung wahr zu machen, welche sie damals an uns selbst adressierten: „Bezahlet oder wir bleiben, wo wir sind.“

Die tschechischen Genossen in Oesterreich werden deutsche Sozialdemokraten wählen.

Wien, 27. August. Das erweiterte Exekutivkomitee der tschechischen sozialdemokratischen Partei in Oesterreich beschloß in seiner gestrigen Sitzung, bei den bevorstehenden österreichischen Nationalratswahlen und den Wahlen in den Wiener Gemeinderat gemeinsam mit der deutschen sozialdemokratischen Partei vorzugehen. Die bürgerlichen und nationalsozialistischen Tschechen werden gemeinsam selbständige Kandidaturen für die Nationalratswahlen anmelden.

Tages-Neuigkeiten.

Das „Wunderkind“.

Es ist fast fünf Jahre alt und kam nach einer blutigen Jangengeburt zur Welt. Seine Frau Mama Austria ging siebzig Jahre mit ihm schwanger, freilich fünfzig Monate lang und starb, als das Mädchen zur Welt kam. Der wunderbaren Geburtsgeschichte entsprechen die nicht minder wunderbaren anderen des Kindes, alle Welt staunt es an, und Europas reichste Tochter, La France, verkündet durch den Mund ihres Senators Fournel im „Matin“, dieses Prachtgeschöpf besitze einen „realistisch-politiven Charakter, patriotische Stabilität, moralisches Prestige und stabile Politik.“ „Auf die Ratschläge“ des weisen Geburtshelfers Benes „höre ganz Europa“ und „nicht nur eine der alten Nationen“ dürfe auf das jüngste herrliche Schwesterlein „neidisch“ sein. Gewiß, gewiß! Es hat es in den Preisen am höchsten gebracht und markiert hier der kleine, stramme Kerl, vor Frankreich, England und Italien; es ist den erwachsenen Geschwistern in der Kunst, widerstandsfähige Elemente zu Paaren zu treiben, meilenweit voraus, wie der größte Große kann es sich einer ausgewachsenen Wirtschaftskrise, eines komplizierten Minoritätenproblems, rühmen, und was das Wichtigste ist: es hat sich bei all dem so reizend kindlich erhalten. Beispielsweise glaubt es wie ein rechtes Kind jede Schmeichelei, die man ihm sagt, und sei sie noch so plump, ungelangt, es sich den Honig fremder Liebenswürdigkeiten von den zuckrigen Lippen, und wie ein Aenlanes, geigenpielendes Wunderkind telegraphiert es jeden „Erfolg“ durch Sabas und Preßbüro in alle Welt, selbst den, daß Senator Fournel, was doch nur eine allbekannte, unbestrittene Wahrheit ist, das Wunderkind ein Wunderkind genannt hat. Auch in der Kunst der Respekt ist es also ein echtes Schwesterlein anderer Wunderkinder. Selber kennt man nur die wenigsten von ihnen, sobald sie einmal — zwanzig Jahre alt geworden sind.

Die „Prager Presse“ in Paris. Der auf den Pariser Boulevards lustwandlende Prager bleibt vor den Bretterhüschern der Zeitungsvorkäufer stehen, wenn er in dem internationalen Wälderwald die Prachtexemplare seiner Heimat erblickt: „Narodni Listy“, „Bohemia“, „Narodni Politika“, „Prager Tagblatt“... Der freudige Anblick wird nur durch den aufgedruckten Preis von Franc 1.— getrübt. Trotzdem scheint allmählich das Heimweh der Prager gestiegen zu sein, denn der Pariser Zeitungsvortrieb hat den Preis der Prager Zeitungen auf 1 Franc 25 Centimes erhöht. Doch siehe da: die „Prager Presse“ (— von der Kaufkraft bisher stets verschont geblieben —) wird jetzt zu — 35 Centimes feilgeboten. Und gekauft, denn „einem geschenkten Gaul...“ Wer ist der Leidtragende? Unser Budget, die aktive Handelsbilanz, oder beide... .

Das wiedererbaute Belgien. Wie wir einem Bericht des „Manchester Guardian“ entnehmen, sind von 100.000 zerstörten oder beschädigten Häusern in Belgien 75.000 wieder vollkommen hergestellt mit einem Kostenaufwande von 685 Millionen Franc. Die Schnelligkeit der Wiederherstellungsarbeiten wird dadurch veranschaulicht, daß in vielen Dörfern die Bevölkerung fast wieder auf dem Vorkriegsstand ist. So hat z. B. Renin statt der 18.363 Einwohner im Jahre 1914 jetzt wieder 18.175. In Messines

Sind alle 333 Häuser, die beschädigt waren, wieder aufgebaut; die Zahl der Einwohner beträgt 980 gegen 1404 vor dem Erdbeuge. Passendaale, das ist fällig dem Erdboden gleichgemacht war, steht mit seinen 408 Häusern wieder da und hat 8057 Einwohner gegen 4030 im Jahre 1914. Neuport hat von den 951 zerstörten Häusern 608 wieder aufgebaut und es hat nur noch 301 Einwohner weniger als früher. Viele der neuen Häuser, besonders die in den Gartendörfern Kalspaart und Ligan an der Dignundener und Renner Chauffee, zeigen einen höheren Komfort, als er sich sonst in Belgien findet. Jedes Haus umfaßt etwa 65 Quadratmeter, enthält einen großen Raum für die Familie, vier Schlafzimmer, Boden, Keller und Wäschhaus. Die Bauweise ist sehr solide und ermöglicht viele früher nicht gekannte Bequemlichkeiten.

Ein Kielesendfraudationsprozess in Petersburg. Dieser Tage gelangte vor dem obersten Tribunal in Petersburg ein sensationeller Prozess zum Abschluß. Angeklagt waren 65 leitende Beamte, Angestellte und Kommissionäre der Nicolaibahn, die sämtlich umfangreicher Veruntreuungen beschuldigt waren. Neu Angeklagte wurden zum Tode durch Erschießen verurteilt, darunter der stellvertretende Chef der Nicolaibahn. 52 Angeklagte wurden zu Freiheitsstrafen von ein bis zehn Jahren verurteilt.

Das entthronte Konstantinopel. Der Vizepräsident der türkischen Nationalversammlung Ali Fuad Pascha, hat erklärt, daß gar nicht daran zu denken sei, daß Konstantinopel wieder der Sitz der türkischen Regierung werde. Die Hauptstadt der neuen Türkei bleibt Angora und es werden bereits umfassende Vorbereitungen getroffen, um die Stadt wieder aufzubauen und mit dem Eisenbahnetz zu verbinden. Angora ist gegenwärtig eine orientalische Kleinstadt mit niedrigen Häusern und schmutzigen Straßen. Von weitem macht es den Eindruck einer mittelalterlichen Festung, wie es mit seinen alten Mauern auf dem steilen zerklüfteten Hügel liegt, der die Umgegend beherrscht. Die Stadt hat ein außerordentlich strenges Klima im Winter. Es besteht der Plan, die neue Hauptstadt nach dem Vorbild von Washington anzulegen. Verschiedene Entwürfe haben bereits Beamte und Architekten hingeführt, um sich Baupläne für die Gebäudekomplexe auszusuchen.

Mohammedaner gegen Inder. Havas meldet aus Simla (am Abhänge des Himalapagebirges im indischen Punjab). Bei einer religiösen Feier kam es zwischen Indern und Mohammedanern zu blutigen Zusammenstößen, die zahlreiche Opfer erforderten. Der Schaden ist bedeutend.

Die Sturmflutkatastrophe an der Nordwestküste von Korea. Die Katastrophe in Korea, die durch Sturmfluten hervorgerufen ist und über die bereits kurz berichtet wurde, erweist sich als ein riesiges Unglück, bei dem 6000 Häuser zerstört und weit über 1000 Menschen getötet wurden. Die Fischerbevölkerung der Meeresufer ist dadurch fürchtbar heimarmut. Die ganze Hafenanlage von Seisen im Teilgebiet wurde durch die Gewalt der Wogen fortgerissen, und das umliegende Land ist vollständig überschwemmt. Die Häuser von Seisen wurden zum großen Teil weggeschwemmt, und die Einwohner schlüchteten aus der Stadt. 100 Personen, die sich auf einer der Anlagen befanden, wurden in den Wasserstrudel gerissen und ertranken. Das Dorf Hyeulso ist vollständig vernichtet und viele Hunderte seiner Einwohner getötet. Große Schäden verursachte auch das Steigen des Yalu-Flusses, der Schiffe stranden ließ und Dörfer überschwemmte. Die Hilfsarbeiten gehen nur langsam vor sich, da der Eisenbahndienst infolge der Vernichtung der Strecke unterbrochen ist. Die Hochfluten des Yalu-Flusses mußten gestoppt werden; die Ernte ist zu einem beträchtlichen Teil vernichtet. Die zahlreichen Flüchtlinge wurden notdürftig in Schulen und öffentlichen Gebäuden untergebracht.

Veränderungen im Personenzugverkehr im Bezirk der Königsgräber Staatsbahnverwaltung. Die wichtigsten Änderungen sind: Vom 1. September an verkehrt der Zug 339/913 als Zug 334/913 später, als Trautentau 16.23, an Liebau 17.12 Uhr. — Zug 350 hält in der Haltestelle Dornsdorf nicht mehr (23.30). — Zug 2158 hält auch in den Haltestellen Heindorf (16.34) und Ruppertsdorf-Dittersbach (16.41). — Die Nachtzüge 2640 und 2651 werden in der Strecke Starckenbach—Kochlitz wegen geringer Frequenz aufgelassen. — Zug 3381 Reichenberg—Gablitz a. N. verkehrt nur an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen, an Arbeitstagen mit Ausnahme Samstag verkehrt statt dessen ein neuer Zug 3333 ab Reichenberg 17.35, an Gablitz a. N. 18.29. — In der Strecke Chrudim-Stadt—Drohowitz wird die Züge 3849, 3850 aufgelassen, dafür haben die Züge 3843 und 3844 Anschluss nach Chrudim-Stadt und zurück. Auf der Strecke Jungbunzlau—Dybbitz—Sobotka werden die Züge 5343, 5344 aufgelassen. Auf der Strecke Böhm.-Ramin—Steinbühnen—Böhm.-Leipa-Stadtpark ist in allen Zügen die zweite Klasse eingestellt.

Die tschechoslowakischen Münzen. Wie das Regierungsblatt meldet, sind die Vorbereitungen zur Prägung der tschechoslowakischen Gulden bereits beendet. Die endgültigen Modelle wurden bereits nach Kramnik geschickt. Vordruck sollen 1000 Jubiläumsgulden, die übrigen nach Bedarf geprägt werden. Die tschechoslowakischen Gulden sollen am 28. Oktober dem Verkehr übergeben werden. Ihr Durchmesser wird 19,75 Millimeter, ihre Stärke 0,5 Millimeter und ihr Gewicht 3,50 Gramm betragen. Zu ihrer Ausfuhr wird ebenso wie für die Goldausfuhr eine Bewilligung des Bankamtes erforderlich sein. Ihr Preis dürfte nicht ganz 100 K betragen und wird sich nach dem Goldwert richten, wozu die Prägungskosten hinzugezählt werden. Nach den Informationen desselben Blattes sollen bis Ende dieses Jahres 65 Millionen Eintronsstücke in Umlauf gesetzt werden. Bisher sind etwa 60 Millionen Stücke geprägt

Ein politischer Mord in Prag.

Der frühere bulgarische Gesandte Daskalov von einem Mazedonier erschossen.

Prag, 27. August. Gestern um 11 Uhr vormittags wurde vor dem Hause 440 in der Holečkova ulice in Smichow der ehemalige bulgarische Gesandte in Prag Nasto Daskalov, als er in Begleitung des Dr. Bogadjeff aus seiner Wohnung in Rositz ging, von rückwärts von dem 25 Jahre alten Ananas Nikoloff aus Sofia überfallen, der gegen ihn vier Schüsse aus einer Pistole abfeuerte. Daskalov wurde in die Bauchgegend getroffen und tödlich verletzt. Dr. Bogadjeff wurde gleichfalls verletzt, jedoch leicht. Ein Polizeilagent entriß mit Hilfe eines Passanten dem Attentäter die Waffe. Von der herbeigekommenen Wache wurde der Attentäter festgenommen und ins Sicherheitsdepartement gebracht, wo sofort die Untersuchung eingeleitet wurde. Gesandter Daskalov wurde in das Podoler Sanatorium übergeführt, wo er bei der sofort vorgenommenen Operation um 1 Uhr mittags seinen Verletzungen erlag. Dr. Bogadjeff wurde in das Allgemeine Krankenhaus gebracht und auf der chirurgischen Klinik Professor Schloffer in Pflege belassen.

Ueber die Einzelheiten der Tat und über das Verhör mit dem Mörder meldet die Polizeikorrespondenz:

Daskalov ging Sonntag nach 11 Uhr vormittags in Begleitung des Dr. Bogadjeff und des ehemaligen Direktors des bulgarischen Landwirtschaftsministeriums Georg Boffolow aus seiner Wohnung in Smichow durch die Holečkova-Gasse gegen die Husgasse. Als sie vor das Haus Nr. 116 kamen, näherte sich ihnen ein junger Mann und feuerte aus seinem Revolver drei Schüsse gegen Daskalov ab. In diesem Moment zog Daskalov seinen Revolver und wollte in Selbstwehr gegen den Angreifer schießen, brach jedoch zusammen. Der ihn begleitende Polizeilagent entriß mit Hilfe eines Passanten dem Täter den Revolver, wobei sich derselbe nochmals entlud. Das Projektil sprang von der Wand ab und verletzte Dr. Bogadjeff an der Hüfte leicht.

Die angefallene Menschenmenge wollte den Attentäter lynchen; er wurde jedoch unter dem Schutze der Polizei auf die nächste Wachtube gebracht, wo er angab, Ananas Nikoloff zu heißen und am 9. September 1901 in Mazedonien geboren und Maler zu sein. Den Geburtsort wollte Nikoloff nicht nennen, um seine alten Eltern von der Verhängung seines vollzogenen Mordes zu verschonen. Bei dem Attentäter wurde eine bulgarische, neunmillimeterige Militär-Repetierpistole vorgefunden, die mit vier Projektilen und einem Magazine von acht Projektilen geladen war.

Der schwerverletzte Gesandte wurde ins Sanatorium in Podol überführt, wo folgende drei Verletzungen konstatiert wurden: das erste Projektil drang unter die rechte Rippe ein, das zweite in den Rücken links bei der Wirbelsäule und das dritte durch die Niere und den Dickdarm in den linken Oberarm. Die Verletzungen waren durchwegs tödlich und Daskalov erlag ihnen noch während der Operation um 1 Uhr 20 Minuten.

Der leichtverletzte Dr. Bogadjeff wurde auf die deutsche chirurgische Klinik des Professor Schloffer gebracht. Bei der weiteren Einvernahme des Attentäters, die Sonntag den ganzen Nachmittag bis spät in die Abendstunden währte, erklärte Nikoloff, er habe schon seit Monaten die Absicht gehabt, Daskalov zu erschlagen. Er wollte sich dafür rächen, weil Daskalov als gewesener bulgarischer Innenminister viele Mazedonier erschlagen ließ. Nikoloff sei stolz darauf, daß er Daskalov aus Rache für seine erschlagenen Genossen nun getötet habe. Den Mordplan hatte er schon in Bularien vorbereitet, doch konnte er Daskalov dorthin nicht erwarten. Er fuhr zu diesem Zwecke über Rumänien, Ungarn und Oesterreich nach Prag. Auch hier konnte er Daskalov nicht finden und verfolgte die Beamten der bulgarischen Gesandtschaft in der Hoffnung, auf diese Weise mit Daskalov zusammenzukommen. Hier erfuhr er auch die genaue Wohnungsadresse Daskalovs und launerte am Sonntag in der Nähe seiner Wohnung auf sein Opfer. Mithin bemerkte er, wie aus dem bezeichneten Hause drei Herren herauskamen, von denen einer Daskalov sein mußte. Um ganz sicher zu sein, zog er ein illustriertes Blatt aus der Tasche und verglich die Photographie Daskalovs mit den drei Herren und erkannte den Gesandten. Nikoloff ging sodann näher und gab aus einer Entfernung von drei Schritten drei Revolver-schüsse auf Daskalov ab. Den Revolver hatte er schon in Bularien um 1200 Dinar gekauft.

Nikoloff wird nach beendeter Untersuchung wegen des Verbrechens des Mordes dem Landesgerichte übergeben werden.

Der Anprall war so heftig, daß sich der Vorderteil des Flugzeuges in den Boden eingrub und hierbei der Propeller zertrümmert, die Räder, Flugflächen und der Motor beschädigt wurden. Der Führer, ein Flugsoldat, blieb unverletzt. Das Flugzeug mußte an Ort und Stelle abmontiert und mittels Auto weggeschafft werden.

Heiteres. (Bada-gogischer Fortschritt.) Fräulein: Mein Alter zieht mir 25 über, wenn ich Schule geschwätzt habe. Paula: Wie viele ist frische, wech id noch nicht. Mein Alter haut jetzt immer: Foder mal Zehnjährig!

Wetterbericht vom 27. August. Den Samstag über hand das Wetter in der Republik unter Wirkung eines Tiefdruckgebietes, von dem ein Kern südlich von unseren Gegenden lag. An diesem Tag fiel mit vereinigten Ausnahmen (Troppau, Raibau) überall Regen, im Osten des Staates bei Gmütern, in der Donauabmündung bei Zimm. Die Regenergiebigkeit war ungleich und schwante zwischen 1 Millimeter und 14 Millimeter (Rachob), beziehungsweise 26 Millimeter. Am Sonntag verschwand die Tiefdruckwirkung, da sich die Druckverteilung bei Ausbildung eines von Südwesten nach Nordosten reichenden Hochdruckstreifens völlig geändert hatte. Den ganzen Tag über herrschte trockenes, mildes Wetter bei vorwiegend heiterem Himmel, in der Slowakei hatte die Temperatur normale sommerliche, sonst jedoch — infolge der kühlen Nacht — etwas unternormale Werte. Auch der Hochdruckstreifen war nicht von Bestand. Heute Montag hat eine neue Depression im Nordwesten (Kern bei Brno 10 Millimeter) rasch an Ausdehnung gewonnen und den Hochdruckstreifen durchbrochen und geschwächt. Daher neigt das Wetter neuerlich zu einer Verschlechterung, die indessen nur vorübergehend sein dürfte. — Wahrscheinliches Wetter am 28. August: Veränderlich, Neigung zu Schauern, später vorübergehende Besserung. Mäßig warm.

Prager Chronik.

Aus dem Polizeibericht. Die Bedienerin Franziska Novotny aus Dabitz machte vor sechs Wochen die Bekanntschaft des 37-jährigen Arbeiters Alois Kom aus Dabitz. In der letzten Zeit wollte sie nicht mehr mit ihm sprechen. Freitag abends wartete Kom am Postamt, wo sie bedienstet ist, auf die Novotny und drohte ihr mit dem Erschießen, wenn sie die Beziehungen zu ihm abbreche. Dann bot er ihr gefüllte Plättchen als Schokoladebomben an. Die Novotny nahm eines davon, bis hinein, spuckte es aber gleich aus, weil ihr der Geschmack sonderbar vorkam. Kom tat über ihr Verhalten verwundert und sagte, daß es hygienische Bomben seien, die er in der Apotheke gekauft habe. Er gab ihr noch eines davon; sie solle es nur essen. Die Novotny ließ am Samstag das Bombon in einer Apotheke untersuchen und dabei wurde festgestellt, daß es nicht mit

bonien geboren und Maler zu sein. Den Geburtsort wollte Nikoloff nicht nennen, um seine alten Eltern von der Verhängung seines vollzogenen Mordes zu verschonen. Bei dem Attentäter wurde eine bulgarische, neunmillimeterige Militär-Repetierpistole vorgefunden, die mit vier Projektilen und einem Magazine von acht Projektilen geladen war.

Der schwerverletzte Gesandte wurde ins Sanatorium in Podol überführt, wo folgende drei Verletzungen konstatiert wurden: das erste Projektil drang unter die rechte Rippe ein, das zweite in den Rücken links bei der Wirbelsäule und das dritte durch die Niere und den Dickdarm in den linken Oberarm. Die Verletzungen waren durchwegs tödlich und Daskalov erlag ihnen noch während der Operation um 1 Uhr 20 Minuten.

Der leichtverletzte Dr. Bogadjeff wurde auf die deutsche chirurgische Klinik des Professor Schloffer gebracht. Bei der weiteren Einvernahme des Attentäters, die Sonntag den ganzen Nachmittag bis spät in die Abendstunden währte, erklärte Nikoloff, er habe schon seit Monaten die Absicht gehabt, Daskalov zu erschlagen. Er wollte sich dafür rächen, weil Daskalov als gewesener bulgarischer Innenminister viele Mazedonier erschlagen ließ. Nikoloff sei stolz darauf, daß er Daskalov aus Rache für seine erschlagenen Genossen nun getötet habe. Den Mordplan hatte er schon in Bularien vorbereitet, doch konnte er Daskalov dorthin nicht erwarten. Er fuhr zu diesem Zwecke über Rumänien, Ungarn und Oesterreich nach Prag. Auch hier konnte er Daskalov nicht finden und verfolgte die Beamten der bulgarischen Gesandtschaft in der Hoffnung, auf diese Weise mit Daskalov zusammenzukommen. Hier erfuhr er auch die genaue Wohnungsadresse Daskalovs und launerte am Sonntag in der Nähe seiner Wohnung auf sein Opfer. Mithin bemerkte er, wie aus dem bezeichneten Hause drei Herren herauskamen, von denen einer Daskalov sein mußte. Um ganz sicher zu sein, zog er ein illustriertes Blatt aus der Tasche und verglich die Photographie Daskalovs mit den drei Herren und erkannte den Gesandten. Nikoloff ging sodann näher und gab aus einer Entfernung von drei Schritten drei Revolver-schüsse auf Daskalov ab. Den Revolver hatte er schon in Bularien um 1200 Dinar gekauft.

Nikoloff wird nach beendeter Untersuchung wegen des Verbrechens des Mordes dem Landesgerichte übergeben werden.

Der Anprall war so heftig, daß sich der Vorderteil des Flugzeuges in den Boden eingrub und hierbei der Propeller zertrümmert, die Räder, Flugflächen und der Motor beschädigt wurden. Der Führer, ein Flugsoldat, blieb unverletzt. Das Flugzeug mußte an Ort und Stelle abmontiert und mittels Auto weggeschafft werden.

Heiteres. (Bada-gogischer Fortschritt.) Fräulein: Mein Alter zieht mir 25 über, wenn ich Schule geschwätzt habe. Paula: Wie viele ist frische, wech id noch nicht. Mein Alter haut jetzt immer: Foder mal Zehnjährig!

Wetterbericht vom 27. August. Den Samstag über hand das Wetter in der Republik unter Wirkung eines Tiefdruckgebietes, von dem ein Kern südlich von unseren Gegenden lag. An diesem Tag fiel mit vereinigten Ausnahmen (Troppau, Raibau) überall Regen, im Osten des Staates bei Gmütern, in der Donauabmündung bei Zimm. Die Regenergiebigkeit war ungleich und schwante zwischen 1 Millimeter und 14 Millimeter (Rachob), beziehungsweise 26 Millimeter. Am Sonntag verschwand die Tiefdruckwirkung, da sich die Druckverteilung bei Ausbildung eines von Südwesten nach Nordosten reichenden Hochdruckstreifens völlig geändert hatte. Den ganzen Tag über herrschte trockenes, mildes Wetter bei vorwiegend heiterem Himmel, in der Slowakei hatte die Temperatur normale sommerliche, sonst jedoch — infolge der kühlen Nacht — etwas unternormale Werte. Auch der Hochdruckstreifen war nicht von Bestand. Heute Montag hat eine neue Depression im Nordwesten (Kern bei Brno 10 Millimeter) rasch an Ausdehnung gewonnen und den Hochdruckstreifen durchbrochen und geschwächt. Daher neigt das Wetter neuerlich zu einer Verschlechterung, die indessen nur vorübergehend sein dürfte. — Wahrscheinliches Wetter am 28. August: Veränderlich, Neigung zu Schauern, später vorübergehende Besserung. Mäßig warm.

Handelsvertrag der Tschechoslowakei mit England.

Der Handelsvertrag wurde am 14. Juli in London unterzeichnet und verbürgt in erster Linie den Angehörigen und Schiffen beider vertragstschließenden Parteien die größten Vorteile in allen Handelsfragen, was die Ausübung des Handels, des Seeverkehrs und des Berufsbetriebs, sowie bei der Zollhebung. Im Berufungsvertrag schließt der Vertrag gegenseitig jegliche Diskrimination von Waren der einen oder der anderen Seite aus.

Eine Metallarbeiterkonferenz in Bern.

Im Berner Rathaus trat gestern das Zentralkomitee der Metallarbeiterinternationale zusammen. Vertreten waren elf Länder. Der Sekretär des Bundes, Nationalrat Jig (Bern), betonte in seinem Tätigkeitsbericht, daß mangels genügender Vorbereitungen seitens der französischen und belgischen Arbeiter es auf der Amsterdamer Konferenz mit den Berg- und Transportarbeitern nicht zu der erwarteten direkten Aktion gegen die Zuhilfenahme gekommen sei. Dismann (Deutschland) forderte die Delegationen auf, nach ihrer

Schokolade, sondern mit Quecksilber gefüllt war. Daraufhin erbot sich die Novotny gegen Kom die Anzeige. Kom wurde Samstag abends am Postamt, wo er wieder auf die Novotny wartete, verhaftet und dem Sicherheitsdepartement eingeliefert. — Bei der Polizei waren seit längerer Zeit hindurch Verdachten eingelangt, daß in den Straßen der oberen Neustadt die Prostituierten und ihre Inhaber sich grobe Unzulänglichkeiten zuschulden kommen lassen. In der Nacht auf Sonntag wurde dortselbst eine Revision durchgeführt, wobei 41 Personen verhaftet wurden. Die Verhafteten wurden der Sicherheitspolizei übergeben.

Wirtschaft und Sozialpolitik. Französische Wiedergutmachungsmethoden.

Der „Centre“ vom 23. August veröffentlicht unter dem Titel: „Die Milliarde der Lothringischen Eisenwerke“ einen Artikel, aus dem hervorgeht, daß die Schuld an der Verzögerung des Wiederaufbaus auch auf französischem Boden gesucht werden muß. Wir geben im Folgenden einen Auszug des interessanten Artikels:

Als am 31. Jänner 1919 die Regierung Clemenceau — ohne erst die Unterzeichnung des Friedensvertrags abzuwarten — die deutschen Güter in Elsaß-Lothringen sequestrierte, da durch die Elise unserer Eisenmagnaten ein Hoffnungsabwärt. Seit dreißig Jahren hatten ihre Konkurrenten jenseits des Rheins auf den unerreichlichen Eisenerzlagern, die sich zwischen Thionville und Luxemburg erstrecken, die mächtigsten und vollkommensten Stahlwerke und Hochöfen der Welt angehäuft, deren Produkte, nach allen Märkten der Erde exportiert, selbst die englische Stahlindustrie verdrängt und so die aufsteigende Rivalität hervorgerufen hatten, die den Weltkrieg entfesselte. Von nun an sollte die französische Eisenindustrie Eigentümerin und Herrscherin dieser Werke sein.

Wer hätte damals gedacht, daß kaum ein Jahr später die Erwerber dieses wunderbaren Arbeitsapparates 400 Millionen verloren haben würden? Drei mächtige Werke beherrschten die lothringische Eisenindustrie: Rombas, Anutang und Hagondang, die allein 1.900.000 Tonnen Eisen und Stahl produzieren, das ist nahezu die Hälfte der Totalproduktion Frankreichs. Diese Werke wurden im Augenblick der Sequestrierung von der französischen Regierung einem jungen Ingenieur, dem Kapitän Froebel, anvertraut, der den Auftrag erhielt, kräftig Stahl und Eisen zu fabrizieren. Außerdem bildete die Regierung eine Art halbstaatliches Verkaufsbureau der beschädigten Eisenindustrie, das Aufträge annahm und diese auf die verschiedenen Gesellschaften verteilte. Dank dieser Organisation arbeiteten die lothringischen Werke im Sommer 1919 ohne Unterbrechung und sahen ihre Aufträge sich erfreulich häufen. Jedoch der französische Staat dachte keineswegs daran, die Ausbeutung dieser Riesenunternehmen für sich zu bewahren. Es verstand sich von selbst, daß er sie den Eisenmagnaten verkaufen müsse und den Kaufpreis an die Reparationskommission abführe. So wurde Anutang Herrn Schneider-Creuzot, Rombas einer von Theodor Laurent geführten Gruppe und Hagondang der Union der Verbraucher metallurgischer Produkte zugesprochen. Nichtsdestoweniger — sonderbarer Weise — wollten die neuen Herren die so sehr begehrten Werke nicht in Besitz nehmen. Die Kaufverträge verpflichteten nämlich zur Ausführung der vom Sequestrierer angenommenen Aufträge. Nun, im Jahre 1919 hielten sich die Marktbedingungen gewaltig geändert; die Preise von Stahl und Eisen waren wieder gestiegen. So fabrizierten die Eisenmagnaten lieber in ihren im alten Frankreich gelegenen Werken für 800 Francs die Tonne, als die vom Sequestrierer übernommenen Aufträge auf der Basis von 500 Francs auszuführen. Sie weigerten sich also, die lothringischen Werke in Besitz zu nehmen, mit der Ausrede, sie hätten nicht genug Personal... Sequestrierer und Verkaufsbüro empfingen weiter Aufträge, als „Bevollmächtigte“. — Endlich, im Jänner 1920, nahmen die Gruppen die Werke in Besitz. Die Aufträge waren inzwischen auf ca. 400.000 Tonnen angewachsen, deren Ausführung einen Verlust von 1000 Francs per Tonne bedeutet, im ganze also ungefähr 400 Millionen Francs. Weil niemand an die Veränderung des Wechselkurses gedacht, niemand ein ökonomisches Gesamtprogramm festgelegt hat, ist ein Element wunderbaren Reichtums zum Ruin für das Land geworden.

Handelsvertrag der Tschechoslowakei mit England.

Der Handelsvertrag wurde am 14. Juli in London unterzeichnet und verbürgt in erster Linie den Angehörigen und Schiffen beider vertragstschließenden Parteien die größten Vorteile in allen Handelsfragen, was die Ausübung des Handels, des Seeverkehrs und des Berufsbetriebs, sowie bei der Zollhebung. Im Berufungsvertrag schließt der Vertrag gegenseitig jegliche Diskrimination von Waren der einen oder der anderen Seite aus.

Eine Metallarbeiterkonferenz in Bern.

Im Berner Rathaus trat gestern das Zentralkomitee der Metallarbeiterinternationale zusammen. Vertreten waren elf Länder. Der Sekretär des Bundes, Nationalrat Jig (Bern), betonte in seinem Tätigkeitsbericht, daß mangels genügender Vorbereitungen seitens der französischen und belgischen Arbeiter es auf der Amsterdamer Konferenz mit den Berg- und Transportarbeitern nicht zu der erwarteten direkten Aktion gegen die Zuhilfenahme gekommen sei. Dismann (Deutschland) forderte die Delegationen auf, nach ihrer

Rückkehr in die Heimat auf eine schnelle Aufnahme von Verhandlungen hinzuwirken. Die Haltung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in der Ruhrfrage habe nicht befriedigen können. Den Fluch des Verfalls des Internationalen Gewerkschaftsbundes und des Zusammenbruchs Deutschlands werde die Arbeiterschaft aller Länder in verschlechterten Arbeitsbedingungen zu verspüren bekommen. Der englische Vertreter Hodge führte aus, die englische Bourgeoisie sehe sehr ein, daß ein vernichtetes Deutschland ein verarmtes Europa nach sich ziehen werde. Quocci (Italien) erklärte sich mit der Kennzeichnung der Ruhrbesetzung, wie sie Dignmann gegeben hatte, einverstanden. Labe (Frankreich) betonte, daß das französische Proletariat nationalistisch gestimmt sei. Es leide genau so unter der Ruhrbesetzung, wie die deutsche Arbeiterschaft. Es sehe keine erste Aufgabe darin, mit dem internationalen Proletariat zu arbeiten und werde dabei keine Opfer scheuen.

Masseneinfassungen von Glasarbeitern in Dux. Die Firma Engels & Comp. in Dux hat ihre Arbeiter gekündigt. Als Begründung wird Kohlenmangel angegeben. Die Firma hatte über ein volles Jahr ihre Arbeiter nicht beschäftigt, und erst kürzlich den Betrieb wieder aufgenommen. Nun hat sie neuerlich die Arbeiter gekündigt. Die Firma Lutz & Comp. in Dux hat ebenfalls die Arbeiter gekündigt. Bei diesen Firmen kommen über 500 Leute in Betracht, die in ganz kurzer Zeit wieder arbeitslos geworden sind. Andere Industriefirmen haben ebenfalls ihren Arbeitern die Mitteilung gemacht, daß sie bei einer längeren Dauer des Streiks der Bergarbeiter gezwungen sein werden, die Betriebe stillzulegen. Es liegt die Vermutung nahe, daß der Streik der Bergarbeiter nur zum Vorwand genommen wird, um die Betriebe stillzulegen, in der Erwartung, dann viel leichter und mit mehr Erfolg die Löhne noch weiter zu reduzieren zu können.

Keine Getreide- und Mehleinfuhrbewilligungen? Das Pravo Lidu schreibt: „Fast unglaublich klingen die Meldungen über einen Antrag des Ackerbauministeriums, wonach im Verordnungswege alle vor dem 1. d. erteilten Einfuhrbewilligungen für Getreide aufgehoben werden sollen. Wie wir feststellen haben, lehnt das Ministerium bereits seit einer Woche die Ausgabe von Einfuhrbewilligungen für Wehl ab. Wir warnen rechtzeitig.“ — Haben die tschechischen sozialdemokratischen Minister auch dort, wo es vor allem am Plage wäre, in der Betka, rechtzeitig gewarnt?

Abnahme des Notenumlaufes beim Bankamt. In der dritten Augustwoche ist der Umlauf der Staatsnoten um 190 Millionen auf 8779 Millionen zurückgegangen. Der Levisbestand verringerte sich um 21 Millionen auf 2538 Millionen. Die Einlagen stiegen um 62 Millionen und betragen 3145 Millionen, welche Ziffer die herrschende Geldknappheit kennzeichnet.

Die Kleinhandelspreise im Monate Juli. In dem soeben vom Statistischen Staatsamt erschienenen amtlichen Preisberichte über die Kleinhandelspreise der wichtigsten Artikel des täglichen Bedarfs in den verschiedenen Teilen Groß-Prags und den verschiedenen Gebieten und Ländern der Republik zum 15. Juli zeigen die berechneten und veröffentlichten Indizes für den Kleinhandel einen Umfassung der Preisbewegung; es ist eine absteigende Tendenz eingetreten. Bei der Gruppe der täglichen Bedarfsartikel ergibt sich für die ganze Republik eine Senkung um ein halbes Prozent, für Böhmen 0,3 Prozent, für Mähren und Schlesien 0,8 Prozent, für Karpathenrußland 0,7 Prozent; für Groß-Prag zeigt sich ein Preisanstieg bei dieser Gruppe um 1,3 Prozent, für die Slowakei um 0,3 Prozent. Die zweite Warengruppe, Artikel für Bekleidung, weist eine allmähliche Preisenkung auf: für die ganze Republik — 0,6 Prozent, für Böhmen — 0,1 Prozent, für Mähren und Schlesien — 0,5 Prozent, für die Slowakei — 2,4 Prozent. Groß-Prag verzeichnet einen größeren Anstieg der Preise von Schuhwaren und die Preise sind daher ungeachtet der Senkung der Gesamtindexziffer durchschnittlich um 1,3 Prozent gestiegen. Die Textilien fallen mäßig, im ganzstaatlichen Durchschnitt — 2,6 Prozent, annähernd gleich in Böhmen, weniger in Mähren und Schlesien, mehr in der Slowakei und Karpathenrußland. Auch die Detailpreise bis Juli 1923 sind im Vergleich zum Juli 1922 für die ganze Republik bei den täglichen Bedarfsartikeln um (angebl.) durchschnittlich 33,8 Prozent, bei Textilien, Schuhwaren u. a. um 39,1 Prozent gestiegen.

Wer kauft? Das Prager tschechische Preßbüro meldet: Die milchliche wirtschaftliche Situation Deutschlands scheint auch auf die Leipziger Messe abzufärben. Der Zustrom der Einkäufer steht gegen die letzte Messe erheblich zurück. Bis jetzt hat sich nur eine kleine Anzahl Holländer, Schweizer und Tschechoslowaken gezeigt. Engländer und Amerikaner scheinen diesmal ganz fern zu bleiben. Auch die inländische Kundenschaft scheint sich diesmal nur ganz schwach beteiligen zu wollen. Das Angebot ist sehr groß, da die verringerte Nachfrage mit der Verminderung der Produktion nicht gleichen Schritt gehalten hat. — Das Berliner Wolff-Büro teilt mit: Auf der allgemeinen Mustermesse ist der Besuch besonders englischer, skandinavischer, holländischer und türkischer Einkäufer zu verzeichnen. Für Beleuchtungsgegenstände, Luxus-, Metall- und Bronzwaren wurden neben inländischen Äußern namentlich italienische und tschechische Schweizer und Holländer interessiert. Auf der technischen und der Baumeße herrschte schon Sonntag vormittags reges Leben.

Der heutigen Nummer liegt ein Erlagschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitung erfolgt.

Die Bezugsgebühr beträgt bei dreimaliger Zustellung in der Woche monatlich 10 Kč, vierteljährlich 30 Kč, bei zweimaliger Zustellung monatlich 7 Kč, vierteljährlich 21 Kč. Der Abonnementspreis muß längstens bis 7. in unserm Besitze sein und wir ersuchen, dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Die Pariser Gasarbeiter im Streik. Die Zahl der ausständigen Gasarbeiter in Paris hat zugenommen. Man rechnet damit, daß sich der Streik auch auf die Elektrizitätsarbeiter ausdehnt. Nach der „Humanité“ sind alle Gasanstalten militärisch besetzt worden.

Devilskurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Jülich	Schw. Frank	16,21 '25
Berlin	Mark	165,000 '00
Wien	Scherr. Kr.	2085 '00

Prager Kurse am 27. August.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1358 '00	1362 '00
10,000 Rat.	6 '75	7 '25
100 belg. Frank.	155 '75	157 '25 '00
100 schwed. Frank.	624 '75	627 '25
1 Pfund Sterling	155 '25 '00	150 '75 '00
100 Lire	149 '25 '00	150 '75 '00
1 Dollar	34 '00 '00	34 '40 '00
100 rusa. Frank.	195 '25 '00	198 '75 '00
100 Dinar	36 '75 '00	37 '25 '00
10,000 ungar. Kronen	18 '00 '00	20 '00 '00
10,000 poln. Mark	1 '49 '25	1 '50 '75
10,000 österr. Kronen	4 '71 '00	5 '21 '00

Züricher Schlusskurse am 27. August.

	Geld	Ware
Paris	31 '45 '00	31 '60 '00
London	25 '18 '00	25 '21 '00
Berlin	0 '00 '00	0 '00 '10
Mailand	23 '55 '00	24 '00 '00
Holland	217 '00 '00	218 '00 '00
Wien	0 '00 '77 '62	0 '00 '78 '12
Budapest	0 '03 '00	0 '03 '25
Braun	16 '17 '80	16 '25 '00
New York	6 '52 '50	6 '58 '00
Belgrad	5 '70 '00	5 '85 '00
Warschau	0 '00 '21 '00	0 '00 '28 '00

Gerichtssaal.

„Eine alte Geschichte, die ewig neu bleibt . . .“

Prag, 27. August. Heute wurde die neue Schwurgerichtsperiode eröffnet. Geöffnete Räume, gemalte Zimmer, vom Urlaube heimgekehrte Richter — und die alten Fälle, alte, längst kannte Geschichten, die sich immer ereignen und ereignen werden, die wieder vor dem Gerichte endigen und endigen werden. Und das wird kaum je anders sein. Auch heute bot sich den Geschworenen das alte Bild, das sich noch oft vor diesen Bänken entrollen wird:

Er war Rutscher, sie Kinder mädchen, beide bei einem Kaufmann in Belwaru angestellt. Es kam — wie immer — zu einem Liebesverhältnis; er liebte in seiner schwermütigen Weise, innig, rücksichtslos, sie, ein leichtfertiges Ding, ist seiner bald überdrüssig. Er überhäuft sie mit Aufmerksamkeit: zu ihrem Geburtstag schenkte er ihr hundert Kronen — für seine Verhältnisse ziemlich viel — ebensoviel an ihrem Namenstag; Weihnachten gab er ihr einen kleinen Hund. Sie nahm ihn und — gab ihn einem neuen Anbeter weiter. Jaroslav Sobotta — der Rutscher — geriet in die schrecklichste Eifersucht. Er schrieb der Geliebten Briefe, in der er sie mit Zorn und Hohn überschüttete, er schrieb ihrem Vater und machte ihn für die Leichtfertigkeit seiner Tochter verantwortlich, dann wieder schickte er das Mädchen an, ihn zu heiraten; sie gab zur Antwort: „Ich mag keinen Rutscher! Ja, wenn Du was Besseres wärest.“ Sein Dienstherr, ein braver Mann, redete ihm zu, das Mädchen aufzugeben. Sobotta wollte von ihr nicht lassen. Sie verließ, um ihn endlich los zu werden, ihren Posten und ging als Verkäuferin in eine Mühle in Kralup. Sobotta aber fuhr ihr nach und drang in sie, die Bekanntschaft mit ihm fortzusetzen. Sie lachte ihn aus.

Am 22. März kam es zur Katastrophe. Ge reizt durch das Getuschel und Gespöttel der Nachbarn, durch ihre heuchlerische Teilnahme, vor Zorn und Eifersucht seiner Sinne nicht mächtig, kam er wieder zu ihr, wollte ihr ins Gewissen reden; Alara aber wies ihm die Tür. Da zog er in plötzlich erflammender Wut einen Revolver, den er vor Jahren auf einem Jahrmarsch gefunden hatte. Schuß und verfehlte sie — glücklicherweise nicht gefährlich — an der rechten Schulter. Er wollte — wie die Anklageschrift behauptet — noch ein zweitesmal schießen, aber die Waffe verfehlte. Er stürzte aus dem Hause, zwei Nachbarn, vom Lärm aufgeschreckt, wollten ihn aufhalten, er suchte mit der Pistole herum, worauf sie vor ihm donorkliefen. Ein Wachmann verfolgte ihn bis zum Moldau-Ufer. Sobotta stürzte sich ins Wasser, wurde aber gerettet.

Heute stand er vor den Geschworenen. Der Staatsanwalt zick ihn des Verbrechens des nichtvollbrachten Mordes, der Erpressung durch gefährliche Bedrohung der Nachbarn, die ihn festnehmen wollten, des Betruges durch Verheimlichung des Fundes des Revolvers und der Übertretung des Waffenpatentes. Alle Zeugen geben dem Angeklagten das beste Zeugnis. Sein ehemaliger Dienstherr schilderte ihn als einen durch und durch braven, gutherzigen Menschen, der sich nie etwas zu schulden kommen ließ. Die Nachbarn, die ihn festnehmen wollten, konnten nicht angeben, ob sie von Sobotta direkt bedroht worden wären. Die Zeugin Alara Rejman, ein unscheinbares Mädchen von ländlichem Typus, mußte zugeben, daß sie durch ihr Verhalten den Angeklagten aufs Äußerste gereizt hatte.

Auch die Sachverständigen stellten fest, daß der Revolver vollständig verborben und eigentlich nur zufällig losgegangen sei, daher als ein vollständig untaugliches Mittel für eine schwere Körperverletzung nicht in Betracht käme.

Der Verteidiger Dr. Bas nahm sich seines Klienten sehr warm an, der eigentlich nur durch seine allzu heiße Liebe gesündigt hatte.

Die Geschworenen verneinten einstimmig die ihnen vorgelegten Fragen auf unvollständigen Wort, beziehungsweise schwere Körperverletzung, ebenso auf Erpressung, bejahten aber die Frage auf Übertretung der Hundverheimlichung und der Übertretung des Waffenpatentes.

Sobotta wurde vom Gerichtshof (Präsident Dr. Kleiner, Staatsanwalt Dr. Rathausky) wegen der letzteren zwei Übertretungen zu fünf Tagen Arrest bedingt auf ein Jahr, verurteilt, von den ihm zur Last gelegten Verbrechen aber freigesprochen. Die Untersuchungshaft, fast ein halbes Jahr, wurde in die Strafe eingerechnet.

Nach der Urteilsverkündung dankte der Freigesprochene den Geschworenen. Sein früherer Arbeitgeber nahm ihn sofort wieder in seine Dienste.

Aus der Partei.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.

Mittwoch, den 29. August d. J. um acht Uhr abends im Goldenen Kreuz in Prag II., Kelsanska.

Vollversammlung der Parteimitglieder.

Tagesordnung: Die Gemeindevahlen.

Pünktliches und vollzähliges Erscheinen der Genossen und Genossinnen unbedingt Pflicht. Ohne Parteilegitimation kein Eintritt möglich.

Die Bezirksvertretung.

Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Prag II., Jägerovo nam. 4. Donnerstag, den 30. August, halb 8 Uhr abends, wichtige Sitzung des Gesamtvorstandes. Sämtliche Betriebsräte sind willkommen. Zusammenkunft im Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften, Prag II., Habšickovo nam. 32/2. 1782

Kunst und Wissen.

Eröffnung der neuen Spielzeit 1923—1924. Samstag, den 1. September wird die neue Spielzeit mit dem neuen Operettenschwank „Die schöne Mama“ von Edmund Kessler eröffnet. Als zweite Vorstellung wird Sonntag, den 2. September die Operette „Ratja, die Tänzerin“, als dritte Montag, den 3. September Kalmans „Holländischer“ gegeben. Das Schauspiel bereitet als Nachfeier von Goethes Geburtstag für Dienstag, den 4. September eine Neuinszenierung des Trauerspiels „Egmont“ in vollständig neuer Ausstattung mit Walthers Pittschau in der Titelrolle und Hedwig Herder als Margarete von Parma vor. Mittwoch Richard Wagners „Rheingold“ neuinszeniert. Donnerstag „Walfüre“. Freitag beginnt Siegfried Hoser ein kurzes Gastspiel als Direktor Striese in dem Schönsthan-Schwank „Der Raub der Sabinerinnen“ und spielt Samstag in einer 10 Uhr-Nachvorstellung und kommenden Sonntag nachmittags die von ihm in Wien kreierte Rolle des Heiratvermittlers Sime Brandeis in dem neuen Milieu-Schwank „Amor in Nikolsburg“. Samstag „Die schöne Mama“. Sonntag Richard Wagners „Lohengrin“. — Der Kartentverkauf für die oben genannten Vorstellungen beginnt Donnerstag, den 30. August an der Tageskasse. — Oskar Eisenberg, der bisher an der Volksoper in Berlin tätig war, wurde für die neue Spielzeit als erster tschechischer Tenor an das deutsche Landestheater in Prag verpflichtet. — In Vorbereitung sind für Mitte September die Opern „Das Nachtlager von Granada“ von Kreutzer und Wolf-Ferraris „Zufanens Geheimnis“, für Ende September Ambroise Thomas' „Mignon“, Anfang Oktober die Premiere von Franz Schrekers neuer Oper „Der Schatzgräber“ unter Zemlinsths Leitung. Das Schauspiel bringt als erste Premiere nach den Ferien Georg Büchners gigantisches Revolutionsdrama „Dantons Tod“ unter Spielleitung von Hans Demey, hierauf neuinszeniert Gustav Freytags Lustspiel „Die Journalisten“ mit Hedwig Herder als Adelheid und Leopold Kramer als Holz. Die Operette wird als nächste Neufest Gliberts „Dorine und der Zufall“ und hierauf vollständig neuinszeniert in teilweiser Operubefassung Franz v. Suppés „Boccaccio“ mit Anna Wolf-Ottner in der Titelrolle unter musikalischer Leitung Zemlinsths und Spielleitung Direktors Leopold Kramer bringen.

Turnen und Sport.
Schlägereien, Fußtritte und Handgemeine
oder „Was sich heute Fußballsport nennt“.

Der Fußballsport in der Tschechoslowakei — gemeint ist hier der bürgerliche — sinkt augenfällig von Stufe zu Stufe. In dem Maße, in dem das Ausland den großen Vorsprung, den der tschechoslowakische Fußball in den letzten Jahren innehatte, einzuholen beginnt, nehmen die Verbote bei den Wettspielen zu, ja, sie arten sogar schon zu wüsten Schlägereien und Handgemeinen aus, ohne daß hier energisch genug eingeschritten werden würde. In Wien gab es erst vor einigen Tagen einen großen Skandal: Ein tschechischer Spieler mußte bei dem Städtetreffen Wien-Prag wegen unerhörter Rohheiten vom Plage gewiesen werden. Der holländische Schiedsrichter sagte nachher beim Bankett den Prager „Repräsentanten“ gehörig die Meinung. Es blieb aber alles beim Alten, wurde vielmehr am letzten Sonntag noch überboten. Denn die Vorfälle beim Spiele AC. Sparta gegen Maffabi Brunn (5:1, gespielt in Brünn) überrufen alles bisher dagewesene. Ueber das Spiel zu berichten, erübrigt sich vollkommen, wenn man erzählt, daß Kozeluh (Sparta) mit Meiner (Maffabi) so zusammengerieten, daß sie sich — beide auf dem Boden liegend — mit Fußtritten bearbeiteten, bis Kozeluh bewußlos vom Plage getragen wurde. Das Publikum drang in den Platz und begann die Spieler zu insultieren. Der Schiedsrichter Zenikel — dessen Ruhm wohl zu Ende ist — hatte alle Rohheiten der Sparta zugelassen, war ungerecht gegen Maffabi gewesen und — verschwand, als die Sache brenzlich wurde. Und dazu haben viele bürgerliche Blätter nichts anderes zu sagen, als: „Ein Spiel, wie es nicht sein soll“. Jeder onständige Sportsmann sagt dazu: „Blui Teufel!“

Ähnliche Szenen spielten sich in Olmütz beim Treffen Mor. Slavia (Brünn) gegen SK. Olomouce (4:3) ab. Doch hier kam es nur zu Schreien. Olmütz spielte mit einer Rohheit, wie sie auf einem Olmützer Plage noch nie gesehen wurde. Der Schiedsrichter, der für SK. Olomouce „drückte“, sah nichts oder wollte nichts sehen. Und das Publikum? Es freute sich über die Gemeinheiten der Blätter und fand für deren Leistungen noch Beifall!!

Die übrigen Sonntagsergebnisse. Prag: Slavia gegen Slovan (Wien) 3:1, DFC. gegen Union Zizkowitz 4:2 (2:0); selten saures Spiel, das DFC. nach Hervortritt sicher gewinnt. Bobor und Wachtler bestverrätend. — Olmütz: DFC. gegen Sportklub Troppau 8:0. — Kremšier: Zidenice gegen Dan. Slavia 1:0. — Teply: TFA. gegen SK. Pardubice 1:1. — Wje: Rapid gegen Hertha 4:3 (3:0), 20.000 Zuschauer; Amateure gegen Sportklub 1:1. Bienna gegen Wader 3:2. Dalosch gegen Olmar 4:0. Simmering gegen WNF. 1:0. Admirala gegen 1. SK. Bratislava 2:1. — Fürth: Spielvereinigung gegen Hamburger SV. — 1:1 Fürth überlegen, 25.000 Zuschauer.

Kommende Prager Wettspiele. Am Mittwoch spielt der DFC. gegen Malostransky SK. Donnerstag tragen Sparta und Echke Karlin ein Freundschaftsspiel aus. Am Samstag spielt Slavia gegen Sparta Kozik, am Sonntag hat Sparta den Nürnberg-Fußballverein zu Gäste, während Slavia ihr Meisterschaftsspiel gegen OAFK. austrägt.

Neue Flugrekorde. Im Rhöngebiet Flugplatz Marten den Weltrekord der Franzosen um einen ganzen Kilometer durch einen Flug über zwölfs Kilometer, der sich zeitweise in 150 Meter Höhe in heftigen Böden hielt. Das besondere an diesem Flug ist, daß Marten die „Schwinge des Hanges beim Ueberregeln des Geländes nicht benutzt hat. — Der „Moin“ meldet aus Baulville, daß der Flieger Maneyrol auf einem Montebrette einen neuen Höhenrekord aufstellte, indem er in 54 Minuten eine Höhe von 3830 Metern erreichte.

Wetterberichte

Der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

27. August 1923 morgens	Windrichtung und -stärke (p-ly)	Temperatur °C	Windrichtung und -stärke (p-ly)	Wetter	Wetterbericht	Temperatur
Prag	750 14	—	1/2 bed.	0	23	
Brünn	760 14	—	bed.	0	25	
Rechnitz (Island)	754 6	N ₀	heiter	0	10	
Stornowag (Island)	740 9	—	bed.	9	13	
Balencia (Island)	750 12	SW	bed.	3	16	
London	752 13	W	bed.	0	—	
Utrecht (Norwegen)	747 12	SW	Regen	3	13	
Stockholm	755 14	SW	Regen	0	15	
Danzburg	753 15	SO ₂	bed.	4	18	
Warschau	761 17	SO ₁	bed.	—	22	
Paris	756 14	—	bed.	6	—	
Büch	754 15	SO ₁	bed.	0	21	
Wien	760 14	—	bed.	0	22	
Belgrad	761 20	—	heiter	1	—	
Bukarest	—	—	—	—	—	
Warsz	762 18	NW	bed.	0	—	
Florenz	750 21	W	heiter	0	—	
Athen	757 24	SW	bed.	0	—	

Höhenstationen (Luftdruck nicht reduziert):
 Donnerberg 840 m 886 10 S bed. 0 17
 Schneetoppe 1610 m 826 7 SSW bed. 0 10
 Juglbitze 2060 m 532 4 SW bed. 0 —

Herausgeber: Dr. Ludwig Gsch und Karl Cermak.
 Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.
 Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
 Für den Druck verantwortlich: O. Polih.